



Deutsche
Umwelthilfe



Deutsche Umwelthilfe

Jahresbericht 2019



.....

Wir von der DUH machen Druck auf die politischen Entscheiderinnen und Entscheider, die Weichen zu stellen, damit Deutschland die Ziele des Pariser Abkommens erreicht und die Forderungen der Fridays for Future zu Taten werden. Der Schutz von Klima und biologischer Vielfalt muss zur Querschnittsaufgabe allen staatlichen Handelns werden – das verbindet auch die Generationen.

.....



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

um den Generationenwechsel in der Umwelt- und Klimaschutzbewegung machen wir uns keine Sorgen mehr. Mutig und klar auf das Ziel fokussiert fordern die Kinder und Jugendlichen der Fridays for Future-Bewegung ein, dass Politik, Wirtschaft, wir alle, mit dem Klimaschutz ernsthaft beginnen. Dass wir als Gesellschaft endlich die wissenschaftlichen Erkenntnisse umsetzen und unser Leben an Klima, Umwelt und Natur ausrichten. Zu Hunderttausenden rufen die jungen Menschen der Fridays for Future-Bewegung vor dem Bundestag, dass die Bundesregierung das Pariser Klimaschutzabkommen einhalten soll. Das hat es noch nie gegeben: Die Kinder erinnern ihre Eltern daran, sich selbst und die gesteckten Ziele ernst zu nehmen.

Die Generation ist wütend und fürchtet um ihre Zukunft. Ich denke, dass Greta Thunberg auf dem UN-Klimagipfel in New York einer ganzen Generation weltweit aus der Seele, aus dem Herzen und aus dem Verstand gesprochen hat. „How dare you“ – „Wie könnt ihr es wagen?!“ rief Greta Thunberg den Mächtigen der Welt zu. Wie könnt ihr es wagen, wegzuschauen und nur über Geld zu reden am Beginn eines Massenaussterbens?

Wir Umweltschützerinnen und Umweltschützer könnten uns zurücklehnen und sagen: Haben wir ja schon immer gesagt. Wir von der DUH kämpfen seit 45 Jahren für saubere Luft, ökologisch starke Wälder und Flüsse, für effiziente Technik von der Lampe bis zum Kraftwerk, für emissionsarme Verkehrsmittel und für die Wiederverwendung von möglichst allem. Wir gehen auf die Straße für den Natur- und Artenschutz, wir demonstrieren für die Energiewende und den Schutz der Meere. Wir bringen auch konträr denkende Menschen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik an einen Tisch, um Antworten auf die komplexe Frage zu finden: Wie bauen wir dieses Land um, damit wir die Erderwärmung bei 1,5 Grad begrenzen und gleichzeitig unser Leben an die heißen Zeiten anpassen? Zurücklehnen und auf das Erreichte verweisen, genügt uns nicht.

Wir von der DUH machen Druck auf die politischen Entscheiderinnen und Entscheider, die Weichen zu stellen, damit Deutschland die Ziele des Pariser Abkommens erreicht und die Forderungen der Fridays for Future zu Taten werden. Der Schutz von Klima und biologischer Vielfalt muss zur Querschnittsaufgabe allen staatlichen Handelns werden – das verbindet auch die Generationen.

Ich danke Ihnen im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DUH, dass Sie uns in unserer Arbeit für Mensch und Natur, Klima und Umwelt unterstützen. Auf den folgenden Seiten erfahren Sie, was wir 2019 erreicht haben und welche Ideen und Projekte uns auch 2020 begleiten. Ich freue mich, wenn Sie dabei sind!

Mit herzlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Harald Kächele". The signature is fluid and cursive, with the first name "Harald" and the last name "Kächele" clearly distinguishable.

Prof. Dr. Harald Kächele
Bundesvorsitzender Deutsche Umwelthilfe e.V.



3 Vorwort

4 Inhalt

6 DUH setzt Gesetze für Natur und Klimaschutz durch

Damit es beim Klimaschutz und in der Energiewende schneller vorangeht, hat die DUH einen Braunkohle-Tagebau ohne FFH-Verträglichkeitsprüfung per Gerichtsurteil beendet. Ein DUH-Rechtsgutachten hat ein geplantes Terminal für amerikanisches Fracking-gas gestoppt.

8 »Wir müssen schneller werden beim klimaverträglichen Umbau«

DUH-Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner fordert mehr Windkraft an Land und auf See, um das Ziel 65 Prozent Erneuerbare im Stromsektor bis 2030 zu erreichen. Und sagt: „Klimaschutz und biologische Vielfalt gehören zusammen bei der Anpassung an den Klimawandel.“

10 »Im Kern geht es um Rechtstreue«

Der Bundesgerichtshof bestätigt in einem Grundsatzurteil die Wächterfunktion der DUH im ökologischen Verbraucherschutz. „Das System des deutschen Verbraucherschutzrechts ist darauf angewiesen, dass es Verbände gibt, die die Einhaltung der Regeln kontrollieren“, schreibt Rechtsanwalt Prof. Dr. Remo Klinger, der die DUH in dem Verfahren vertreten hat.

12 »Wir brauchen eine radikal andere Mobilität«

Mit einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und einer Obergrenze von 120 Gramm CO₂ /km im realen Verbrauch will DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch den Autokonzernen helfen, ihre Verpflichtung zu zukunftsfähigen Fahrzeugmodellen zu erfüllen. Er sagt: „Die DUH fordert das Ende der Zulassung von Neufahrzeugen mit reinem Verbrennungsmotor zum 1. Januar 2025.“

14 Tempo machen für umweltfreundliche Mobilität

Langsamer fahren spart bis zu fünf Millionen Tonnen CO₂ – mit einem breiten Bündnis gesellschaftlicher Gruppen kämpfen wir daher für ein Tempolimit in Stadt und Land.

16 »Die schwarze Null macht keinen Sinn, wenn sie auf Kosten des Klimaschutzes geht«

Barbara Metz, Stellvertretende DUH-Bundesgeschäftsführerin, fordert mehr Mut der Regierung, sich von den Forderungen der Industrie zu befreien. Sie sagt: „Die DUH fordert, soziale und klimapolitische Aspekte gleichermaßen zu adressieren – das eine wird ohne das andere nicht funktionieren.“

18 Wir klagen Klima- und Verbraucherschutz ein – zu Recht!

Der Bundesgerichtshof stellt fest, dass die DUH ökologische Verbraucherschutzarbeit leistet – bis hin zu Klagen vor Gericht.



20 DUH kämpft für den Regenwald und die Meere

Natürliche Ressourcen schonend nutzen: In Deutschland unterstützen wir eine Pilotkommune dabei, ihre Beschaffung auf Produkte aus nachhaltiger Palmölproduktion umzustellen. Und wir kämpfen hartnäckig dafür, dass EU und Bundesregierung die Überfischung der Meere stoppen.

22 Klima schützen mit Kreislaufwirtschaft

Verzicht heißt die beste Verpackung – wir freuen uns daher über das Verbot von Plastiktüten in Deutschland und über zehntausende Unterstützer in unserem Einsatz für Mehrweg und gegen die unsinnigsten Verpackungen.

26 Kinder und Natur gehören zusammen wie Baum und Borke

Schulhöfe, Parks und auch die Grünstreifen am Straßenrand sind wichtige

Lebensräume für Tiere und Pflanzen. Mit dem Label „Stadtgrün naturnah“ unterstützen wir Städte und Gemeinden darin, die Grünflächen zum Blühen zu bringen. Besonders viel Freude bereitet uns der Wettbewerb „10 grüne Schulhöfe für Thüringen“.

28 Wir sorgen für saubere Luft

„Atmen statt Böllern“ heißt unsere Devise, denn Silvesterkracher verschmutzen die Luft mit Rekordmengen an gesundheitsschädlichem Feinstaub. Und auch Holzöfen verschmutzen die Luft und belasten das Klima über ein tolerierbares Maß hinaus. Wir haben deswegen den Blauen Engel für emissionsarme Kaminöfen auf den Weg gebracht.

30 Heimisches Saatgut gegen den Klimawandel

Papaya und Süßkartoffeln in Kenia, Rote Bete und Kohl in der Mongolei: Der Hand in Hand-Fonds von Rapunzel

Naturkost und DUH unterstützt die Menschen in Afrika, Asien und Südamerika in ihren Projekten.

31 Das schlaue Rathaus spart Energie

Digitale Technik und Programme helfen Städten und Gemeinden, ihre Klimaschutzziele zu erreichen. Die DUH unterstützt sie bei der Digitalisierung für den Klimaschutz.

32 Gemeinsam wirksam!

Egal, ob über Facebook, Twitter, Instagram, über Petitionen oder über Protestmail-Aktionen – gemeinsam mit vielen tausend Menschen haben wir Druck gemacht.

33 Der UmweltMedienpreis 2019

34 DUH in Zahlen

38 Das Team der DUH, Adressen

39 Wir sagen Danke

39 Impressum, Fotonachweise



» Der Stillstand des Tagebaus Jänschwalde ist das Ergebnis eines jahrelangen Versagens von Bergbehörde und Betreiber. Zwingende naturschutzfachliche Regelungen sind nicht ernst genommen worden. Dank unseres gewonnenen Eilverfahrens werden sie das jetzt. «

Dr. Cornelia Nicklas,
Leiterin Recht



Wir setzen Gesetze für Natur und Klimaschutz durch

Die DUH-Juristinnen und -Juristen erleben eine Menge Fälle, in denen Unternehmen gegen Umwelt- und Naturschutzgesetze verstoßen. Dass jedoch eine Landesbehörde einen Braunkohle-Tagebau ohne FFH-Verträglichkeitsprüfung genehmigt, war selbst uns neu. Wir haben das per Gericht gestoppt. Einen geplanten Terminal für amerikanisches Frackinggas hat ein DUH-Rechtsgutachten ebenfalls gestoppt. Damit es beim Klimaschutz und in der Energiewende schneller vorangeht

Die Gesetze für den Schutz der Natur waren stärker als die Gepflogenheiten im brandenburgischen Braunkohlerevier. Jahrelang hatte das Landesbergamt Brandenburg in Cottbus den Tagebaubetrieb Jänschwalde der Lausitzer Energie AG LEAG genehmigt, obwohl das Unternehmen keine verpflichtenden FFH-Verträglichkeitsprüfungen und keine Umweltverträglichkeitsprüfung für den Tagebau in Jänschwalde durchgeführt hat. Die unterbliebene FFH-Verträglichkeitsprüfung hat den Tagebau zum Stillstand gebracht. Das Verwaltungsgericht Cottbus und das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg stellten im Sommer 2019 im Rahmen eines Eilverfahrens fest, dass die Zulassung des Hauptbetriebsplans für den Tagebau voraussichtlich rechtswidrig ist. Die LEAG musste den regulären Tagebaubetrieb

in Jänschwalde einstellen. Am 1. September stand der Abraumbagger still.

„Ein krasser Fall von Behördenversagen“, urteilt Dr. Cornelia Nicklas, Leiterin Recht der DUH. Das Landesbergamt heißt korrekt Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg und hat als Fach- und Vollzugsbehörde die Aufsicht über die Bergbaubetriebe in Brandenburg. Und die hätte die naturschutzfachlichen Bedenken sorgfältiger prüfen müssen. In der Umgebung des Tagebaus Jänschwalde sinkt der Grundwasserspiegel, weil dort seit Jahrzehnten Braunkohle abgebaggert wird. Seen, Feuchtwiesen und Moore trocknen in der Umgebung aus. Damit verschwinden die Lebensräume von Tieren und Pflanzen, die nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH) geschützt sind. „Die Entscheidungen der Gerichte

sind ein Erfolg für die sensiblen Schutzgebiete in der Nähe des Tagebaus. Diese sind zwingend zu schützen“, sagt Dr. Cornelia Nicklas, die mit René Schuster von der Grünen Liga in Cottbus die Klage vorbereitet hat.

Dr. Nicklas arbeitet seit vielen Jahren mit der Grünen Liga zum Thema Braunkohle zusammen. Die DUH stellt bei den komplexen Fragen wie Kohleausstieg, Klimawandel oder Energiewende immer wieder fest, wie wichtig es ist, Bündnisse zu schließen. Die Themen haben sehr unterschiedliche Facetten, betreffen viele Menschen und wirken sich auf Gesellschaft und Wirtschaft in so umfangreicher Weise aus, dass sie nur im Konsens mit vielen umgesetzt werden können.

René Schuster von der Grünen Liga hat schon im Frühjahr 2010 die LEAG und die Behörden darauf hingewiesen, dass der Bau einer Grundwasserabdichtungswand nördlich des Tagebaus möglich und notwendig ist. Unternehmen und Bergbehörde haben den Hinweis ignoriert. Schuster ärgert sich, dass die Menschen in der Region gleich mehrfach von der LEAG geschädigt werden. „Die LEAG-Beschäftigten haben darauf vertraut, dass der Tagebau nach Recht und Gesetz geführt wird – sie sind von den Entscheidungsträgern schwer enttäuscht worden“, sagt Schuster. Mit der rechtswidrigen Genehmigung habe die LEAG ihre Fürsorgepflicht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verletzt und Arbeitsplätze gefährdet.

DUH schafft Bündnisse für erneuerbares Gas

Den Weg aus der fossilen Energiegewinnung in eine klima- und umweltverträgliche Energieversorgung gehen wir als Gesellschaft nur gemeinsam. Die DUH knüpft daher Netzwerke und schafft Bündnisse mit Vertretern aus unterschiedlichen und manchmal kontroversen gesellschaftlichen Gruppen, in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Wir von der DUH suchen nach Lösungen, die die Energiewende voranbringen. Wir arbeiten daran, den politischen Stillstand aufzulösen und die Ziele der Klimaschutzvereinbarungen zu erreichen. Das bedeutet: Bis spätestens 2050 die Treibhausgas-Emissionen auf Null senken.

Im Laufe des Jahres haben wir Stakeholder aus der Energiewirtschaft, den Umweltverbänden, der Wissenschaft und der Politik zu mehreren Fachgesprächen zum Thema „Erneuerbares Gas“ eingeladen. Denn fossiles Gas stellt keine Alternative dar für eine klimaverträgliche Energieversorgung. Mit rund 174 Millionen Tonnen CO₂ hat Erdgas 2018 in der Energienutzung zu den CO₂-Emissionen in Deutschland laut offizieller Statistik beigetragen. Die tatsächliche Treibhausgasbilanz von Erdgas ist aber unklar. Denn um die Auswirkungen auf das Klima wirklich beurteilen zu können, müssten von der Förderung über den Transport bis zum Verbraucher alle Emissionen

berücksichtigt werden. Relevant sind dabei vor allem die Leckagen, also die Erdgasmengen, die direkt in die Atmosphäre gelangen. Industrieunabhängige Messungen aus den USA belegen, dass die Leckagerate um 60 Prozent über den Daten der Industrie liegen. Besonders verheerend ist die Klimabilanz von US-amerikanischem Frackinggas, das nach dem Willen der Bundesregierung künftig als Flüssiggas nach Deutschland importiert werden soll. Dabei hat dieses Frackinggas eine ebenso schlechte Klimabilanz wie Kohle.

Die DUH setzt auf einen Ausstieg aus fossilem Erdgas – und den Einstieg in erneuerbar erzeugtes Gas. Erneuerbares Gas ist entweder synthetisch hergestelltes Gas – meistens Wasserstoff – oder Biogas bzw. Biomethan. Mittels Elektrolyse kann aus Strom Wasserstoff hergestellt werden, in der Fachwelt als Power-to-Gas bekannt. Nutzen die Hersteller dafür erneuerbaren Strom, kann der gewonnene Wasserstoff als erneuerbares Gas bezeichnet werden. Nach intensiven Diskussionen haben wir mit dem Bundesverband Erneuerbare Energie, Enertrag, Germanwatch, Sunfire, TU Berlin und WWF Deutschland den „Fahrplan für erneuerbares Gas“ erarbeitet. Damit fordern wir die Bundesregierung auf, jetzt die Infrastruktur für erneuerbares Gas umzubauen und nicht länger Geld in die fossile Vergangenheit zu investieren. Die „DUH-Eckpunkte für eine nachhaltige Gasstrategie“ finden Sie unter www.duh.de.

Um Deutschland vor schädlichen Investitionen zu bewahren, haben wir im Mai ein Rechtsgutachten der Umweltjuristin Dr. Cornelia Ziehm veröffentlicht, das sie in unserem Auftrag erstellt hat. Dr. Ziehm belegt juristisch, dass ein geplantes Flüssiggas-Terminal für den Import von US-amerikanischem Frackinggas in Brunsbüttel nicht genehmigungsfähig ist. In unmittelbarer Nachbarschaft zum geplanten Frackinggas-Terminal befinden sich neben Wohngebieten und Betrieben der chemischen Industrie eine Sonderabfallverbrennungsanlage sowie drei atomare Anlagen: das stillgelegte AKW Brunsbüttel, das Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle und das im Bau befindliche Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle.

Auf Grundlage des Gutachtens haben die Behörden umfangreiche weitere Prüfungen veranlasst. Wir haben das Vorhaben zumindest verzögert, denn ursprünglich sollte der Antrag auf Planfeststellung 2019 gestellt werden. Von uns in Auftrag gegebene Rechtsgutachten zu den geplanten Flüssiggas-Terminals in Wilhelmshaven und Stade kommen zu vergleichbaren Ergebnissen. Mit großer Freude unterstützen wir Lili und Gustav der Fridays for Future-Bewegung in Hamburg bei ihrer Online-Petition gegen die Terminals. Bündnisse schließen, Netzwerke knüpfen und gemeinsam den Klimaschutz in die Tat umsetzen.



» Wir erleben eine energiepolitische Rückwärtsrolle. Während Erneuerbare und Effizienz in der Krise stecken, plant die Bundesregierung neue Flüssiggas-Terminals für den Import von Fracking-Gas aus den USA. Dagegen wehren wir uns, notfalls auch mit rechtlichen Schritten. «

Constantin Zerger, Leiter Energie und Klimaschutz



„Wir brauchen Windkraft an Land und auf See, um das Ziel 65 Prozent Erneuerbare im Stromsektor bis 2030 zu erreichen“, sagt Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe. Er fordert daher keine pauschalen Abstandsregelungen und bestehende Anlagen durch leistungsfähigere Anlagen zu ersetzen.

„Natürlich muss die Windenergie artenschutzgerecht ausgebaut werden“, sagt Müller-Kraenner. Denn: „Klimaschutz und biologische Vielfalt gehören zusammen bei der Anpassung an den Klimawandel.“

»Wir müssen schneller werden beim klimaverträglichen Umbau«

Herr Müller-Kraenner, die Bundesregierung will die Klimaziele bis 2030 mit einem Klimapaket erreichen. Wird das was?

Sascha Müller-Kraenner: Auch mit dem Klimapaket scheitert die Bundesregierung an den eigenen Ansprüchen, die Klimaziele von Paris zu erreichen. Mit diesem Klimapäckchen erreicht Deutschland nur ein Drittel der Wegstrecke. Wenn die Bundesregierung den Anspruch hat, handlungsfähig zu sein, muss sie ein neues Paket vorlegen.

Was wäre denn glaubwürdig?

Deutschland braucht einen konsequenten Plan zum Ausstieg aus den fossilen Energien, das heißt beschleunigter Kohleausstieg, Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen und aus dem Verbrennungsmotor. Und gleichzeitig einen nachvollziehbaren Plan zum Ausbau der erneuerbaren Energien in Richtung 100 Prozent.

Bisher könnte man meinen, die Bundesregierung bereitet nicht den Ausstieg aus der Kohle vor, sondern aus der Windkraft.

Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, 65 Prozent Erneuerbare im Stromsektor in 2030. Um das zu erreichen, muss sie die Hindernisse für den Ausbau der Windenergie beseitigen. Der 65 Prozent-Anteil bezieht sich ja auf einen ständig wachsenden Stromanteil. Denn mit den Erneuerbaren sollen auch der Gebäudereich und der Verkehrssektor klimaneutral werden. Wärmepumpen und Elektroautos müssen dann mit zusätzlichem Ökostrom versorgt werden.

Windenergie an Land ist unbeliebt. Wie gehen Sie damit um?

Der Schlüssel für die Akzeptanz liegt in planerischen Vorga-

ben, um Naturschutzkonflikte auszuräumen und verpflichtende Vorgaben, um den Bürgerinnen und Bürgern eine finanzielle Teilhabe am Ausbau der Windenergie zu ermöglichen.

Da macht das Bundeswirtschaftsministerium nicht mit.

Das ist die letzte Abwehrschlacht. Wirtschaftlich hat die Blockade der Regierung fatale Auswirkungen. Selbst ein altes Energieunternehmen wie RWE hat angekündigt, vor allem im Ausland in erneuerbare Energien zu investieren, da hierzulande die Rahmenbedingungen nicht stimmen.

Die Bundesregierung hört also den Schuss weder aus der Wirtschaft noch von der Straße?

Wenn der Stillstand in der Umwelt- und Klimapolitik und das sogenannte Klimapaket auf so massive Kritik stoßen, von Fridays for Future über die Umweltverbände und die Wissenschaft bis hin zur Wirtschaft, müssen die Verantwortlichen in der Bundesregierung doch irgendwann darauf kommen, dass sie was falsch machen. Zum Windenergiegipfel haben die Umweltverbände gemeinsam mit der Wirtschaft Forderungen aufgelegt. Die Bundesregierung ignoriert sie.

Was schlagen Sie vor?

Vor allem: Keine pauschalen Abstandsregelungen. Bestehende Anlagen müssen weiter durch leistungsfähigere Anlagen ersetzt werden. Natürlich muss auch die Windenergie artenschutzgerecht ausgebaut werden. Aber Windenergie ist nicht das Hauptproblem des Artenschutzes in diesem Land – das Hauptproblem sind die industrielle Landwirtschaft und der hohe Flächenverbrauch.

Die Bundesregierung setzt auf Offshore-Windanlagen.

Das ist gut. Doch die Voraussetzungen müssen noch geschaffen werden. Der Netzanschluss und Netzausbau sind zu langsam. Zudem muss geklärt werden, wie der Windstrom auch in Wasserstoff oder Methan umgewandelt wird, etwa für die Industrie. Es wird auch nicht funktionieren, die Windkraft auf See gegen die Windkraft an Land auszuspielen. Die Wahrheit ist: Wir brauchen beides!

Von Einsparung oder Effizienz redet niemand mehr.

100 Prozent erneuerbare Energien werden nur funktionieren, wenn Effizienz endlich vorankommt – ob im Haushalt oder in der Industrie. Mit den vorhandenen Flächen für den Ausbau der Windenergie kommen wir nur hin, wenn wir den Energieverbrauch reduzieren.

Also keine 47 Millionen Autos mit Elektromotor?

Ein absoluter Alptraum! Wir müssen Mobilität ganz anders denken. Wir brauchen eine echte Verkehrswende, nicht einfach einen Ersatz des Kraftstoffs.

Die DUH war immer ein starker Partner der Kommunen. Wie gehen die mit den lauter gewordenen Forderungen um?

Mehr als 60 Kommunen haben den Klimanotstand ausgerufen, was zeigt, dass in den Kommunen das Bewusstsein herrscht: Wir müssen was machen. Wir beraten die Städte und Gemeinden, wie sie Bauprojekte beeinflussen können, wie sie die Stadtwerke und die Verkehrsbetriebe umbauen oder die Gebäudesteuerung intelligent steuern können. Mit dem Stadtwerklabel zeichnen wir klimafreundliche Stadtwerke aus und schaffen so Vorbilder für andere Kommunen.

Pflanzen die Städte auch schon mehr Büsche und Bäume, um sich an die Erdwärme anzupassen?

Klimaanpassung ist extrem wichtig, denn die Menschen und die Städte leiden unter Starkregen, Hitzewellen, Trockenheit. Die DUH bietet praktische Beratungen an, wie die Kommunen Stadtgrün entwickeln können. Klimaschutz und biologische Vielfalt gehören zusammen bei der Anpassung an den Klimawandel.

Lassen Sie uns noch über die Gerichtsentscheidungen zum Tagebau Jämschwalde sprechen ...

Das Landesbergamt in Brandenburg hat den Weiterbetrieb des Tagebaus Jämschwalde ohne die vorgeschriebene Flora-Fauna-Habitat-Verträglichkeitsprüfung genehmigt. Das ist ein Skandal. Denn sowohl die Betreiberin des Tagebaues, LEAG, als auch das Landesbergamt wissen seit Jahren von den Auswirkungen des Betriebs auf die naheliegenden Naturschutzgebiete. Dagegen haben wir geklagt und im einstweiligen Rechtsschutzverfahren gewonnen. Der Tagebau befindet sich seit Anfang im September im Sicherungsbetrieb, was einem Stillstand gleichkommt.

Sendet das Urteil aus der Lausitz ein Signal in andere Kohleregionen?

Was wir in Jämschwalde gerichtlich erreicht haben, hat Auswirkungen auf die anderen Braunkohletagebaue in der Lausitz und im Westen Deutschlands. Wir erleben es immer wieder, dass die angrenzenden Gewässer und Naturschutzgebiete nicht ausreichend berücksichtigt werden. Ob Deutschland schnell oder langsam aus der Kohle aussteigt, heißt nicht, dass der Braunkohletagebau außerhalb von Recht und Gesetz operieren kann.

Nach dem Ausstieg aus der Kohle gilt Erdgas als zukunftssträh-tige Energiequelle.

Wenn wir Deutschland bis 2050 dekarbonisieren wollen, dann kann Erdgas nur eine Übergangslösung sein. Das Frackinggas aus den USA ist klimaschädlicher als Kohle, wenn man die Methanemissionen aus dem Frackingprozess und dem Transport dazu rechnet. Deutschland darf also auf keinen Fall eine neue Gasinfrastruktur für Frackinggas aufbauen.

Warum?

Wenn Deutschland heute in die Gasinfrastruktur investiert, dürfen das nur Anlagen werden, die auch Wasserstoff weiterleiten können, der auch aus erneuerbarem Strom hergestellt werden kann. Die North Stream 2-Pipeline für russisches Gas aus der Arktis oder die

Flüssiggasterminals für das US-Frackinggas an der norddeutschen Küste sind explizit dafür ausgerichtet, fossiles Gas zu transportieren. Laut Aussage der Betreiber sind die Flüssiggas-Terminals nicht umrüstbar für Wasserstoff.

Die rechnen also damit, die Anlagen lange mit fossilem Gas zu betreiben.

Nach Aussage von Gazprom, bis Ende des 21. Jahrhunderts. Das ist natürlich nicht mit dem Ausstieg aus fossilen Energien bis 2050 zu vereinen. Die Gegner werden also nicht kleiner, deswegen ist es so wichtig, dass wir diesen Push bekommen haben von den Fridays for Future-Leuten.

Welchen Energiepush hat die DUH von Fridays for Future bekommen?

Sie bringen auch uns zum Nachdenken, ob unsere Fragen und Antworten der Klimakrise angemessen sind. Ich verstehe das als Auftrag, noch konsequenter und radikaler an die Klimakrise heranzugehen.

Was wäre radikal?

Dass wir schneller werden müssen bei der Verkehrswende, schneller raus aus Kohle, Gas, Öl und den Ausbau der Erneuerbaren beschleunigen.

Schneller sein und machen.

Machen, ja, umsetzen. Wir haben ein begrenztes Zeitfenster, in dem wir handeln können. Da brauchen wir natürlich einen sozialen Ausgleich, aber keine Kompromisse im Sinne, dass man sich in der Mitte trifft und die Ziele immer nur halb erreicht. Alle Umfragen zeigen, dass die Menschen konsequenten Klimaschutz möchten. Die politischen Voraussetzungen sind vorhanden, weitreichende Konsequenzen für den Klimaschutz zu treffen.

» Beim Klimaschutz haben wir ein begrenztes Zeitfenster, in dem wir handeln können. Da brauchen wir einen sozialen Interessenausgleich, aber keine Kompromisse im Sinne, dass man sich in der Mitte trifft und die Ziele nur halb erreicht. «

» Nach dem Urteil des BGH besteht Rechtssicherheit für die DUH. Vor unteren Instanzen wird immer wieder der Einwand erhoben, die DUH handele missbräuchlich. Der Aufwand, diese Vorwürfe zurückzuweisen, beschränkt sich nun in einem Hinweis auf die Entscheidung des BGH. «

Prof. Dr. Remo Klinger
Rechtsanwalt



»Im Kern geht es um Rechtstreue«

Der Bundesgerichtshof hat in einem Grundsatzurteil entschieden, dass die DUH zu Recht stichprobenhaft kontrolliert, ob Unternehmen gegen Vorschriften des ökologischen Verbraucherschutzes verstoßen. „Das System des deutschen Verbraucherschutzrechts ist darauf angewiesen, dass es Verbände gibt, die die Einhaltung der Regeln kontrollieren“, schreibt Rechtsanwalt Prof. Dr. Remo Klinger, der die DUH in dem Verfahren vertreten hat. Der BGH hat auch festgestellt, dass die DUH keine Gewinnabsichten mit der Marktüberwachung verfolgt. Denn: „Ein Verbraucherschutzverband, der seine Aufgabe ernst nimmt, so der BGH, zieht zwangsläufig eine entsprechende Anzahl von Verfahren und damit von möglichen Einnahmen nach sich. Dies ist so logisch wie richtig.“

von Prof. Dr. Remo Klinger

Verbraucherrechte, deren Einhaltung nicht kontrolliert wird, sind Gnadenrechte. Effektiver Verbraucherschutz bedarf der Kontrolle. Von diesem Ansatz ausgehend überprüft die DUH seit 2004 stichprobenartig Verstöße gegen Vorschriften des ökologischen Verbraucherschutzes. Lange Jahre erfolgte dies ohne große öffentliche Aufmerksamkeit. Andere Verbände tun dies seit Jahrzehnten. Das System des deutschen Verbraucherschutzrechts ist darauf angewiesen und so ausgelegt, dass es

Verbände gibt, die die Einhaltung der Regeln kontrollieren. Größere Aufregung verursachte diese Arbeit der Verbände nicht. Anders war das 2019 bei der DUH. Hier erregte eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) erhebliche Aufmerksamkeit. Denn in seinem Deutsche Umwelthilfe-Urteil vom 4. Juli 2019 musste der BGH klären, ob die DUH rechtsmissbräuchlich handelt, wenn sie in ähnlicher Weise vorgeht wie es andere Verbände seit Jahrzehnten tun.

Vielleicht wird auch die Unternehmensseite zu einem konstruktiven Umgang bei der Beantwortung der Frage, wie man Rechtsvorschriften einhält, zurückfinden. Denn im Kern geht es um nichts anderes als Rechtstreue.

Beklagte des Rechtsstreits war ein Mercedes-Benz-Autohaus mit mehreren Filialen im Raum Stuttgart, das von mindestens einem Unternehmensverband der Automobilindustrie in der Auseinandersetzung gefördert wurde. Die DUH hatte zuvor den Händler abgemahnt, weil er auf seiner Homepage einen Mercedes-Pkw beworben hatte, jedoch die gesetzlich vorgeschriebenen Angaben zum Kraftstoffverbrauch und den CO₂-Emissionen des Modells wegließ. Die DUH kontrolliert stichprobenartig die Einhaltung der umweltbezogenen Kennzeichnungspflichten von Konsumgütern und auch zum Kraftstoffverbrauch und zum CO₂-Ausstoß von Pkw. Hielten sich zu Beginn der Kontrollen der Deutschen Umwelthilfe nur relativ wenige Unternehmen an die Einhaltung der Vorschriften, änderte sich dies mit den Kontrollen. Gleichwohl sind immer noch erhebliche Rechtsverstöße festzustellen. Dass die Prüfungen der DUH für die unternehmerischen Akteure unangenehm sind, mag man verstehen, niemand fühlt sich gern erappt. Anstatt jedoch die Energie auf eine bessere Compliance zu verwenden, erweckten Teile des Handels eher den Eindruck als sei man vor allem damit beschäftigt, den Kontrolleur aus dem Weg zu räumen. Schrotflintenartig wurden daher in dem durch den BGH entschiedenen Verfahren eine Reihe von Vorwürfen abgegeben.

Eine effektive Durchsetzung von Verbraucherrechten setzt eine Vielzahl von Verfahren voraus

Im Kern der Auseinandersetzung stand dabei der Vorhalt, dass die durch die Deutsche Umwelthilfe erzielten Einnahmen nicht nur für die Verfolgung von Wettbewerbsverstößen ausgegeben werden, sondern auch für andere satzungsgemäße Zwecke des Verbandes. Dem BGH leuchtete dieses Argument nicht ein. Wenn es eine Vielzahl von Verstößen gibt, setzt eine effektive Durchsetzung von Verbraucherinteressen eine damit korrespondierende Vielzahl von Verfahren voraus. Die Einnahmen resultieren vor allem aus Vertragsstrafenverpflichtungen, die Unternehmen

eingegangen sind und die zu zahlen sind, wenn wiederholte Verstöße bewiesen werden.

Ein Verbraucherschutzverband, der seine Aufgabe ernst nimmt, so der BGH, zieht zwangsläufig eine entsprechende Anzahl von Verfahren und damit von möglichen Einnahmen nach sich. Dies ist so logisch wie richtig. Wenn der Verband die deutlich überwindende Zahl seiner gerichtlich anhängigen Verfahren gewinnt, entsteht daraus ein Primärüberschuss, der für andere satzungsgemäße Zwecke als für die bloße Marktüberwachung einzusetzen ist. Die Forderung der Autohändler hätte in der Konsequenz bedeutet, dass ein Verein für jede Vertragsstrafeneinnahme mindestens ein Unterlassungsklageverfahren verlieren müsste, um die Vertragsstrafeneinnahmen im Ergebnis zu neutralisieren. Der DUH abzuverlangen, dass sie Klageverfahren vorsätzlich verliert, wäre absurd.

Der BGH stellt nüchtern fest: Unternehmen sollten ihre Pflichten einhalten, nicht die Kontrolleure abwehren

Der Strauß an Vorwürfen enthielt noch einige andere Blüten. Auch diese überzeugten den BGH nicht. Unbedenklich war unter anderem der Umstand, dass Toyota in Vorjahren weniger als ein Prozent des Jahresbudgets der DUH für die Förderung eines Klimaschutzprojektes spendete. Denn die DUH konnte über 350 Verfahren gegen Toyota oder Toyota-Händler benennen, die den Vorwurf erschütterten, die DUH schone Toyota wegen der (inzwischen ausgelaufenen) geringfügigen Förderung.

Nach dem Urteil des BGH besteht Rechtssicherheit für die DUH. Denn auch vor unteren Instanzen wird immer wieder, meist ohne inhaltliche Substanz, der Einwand erhoben, die DUH handele missbräuchlich. Der Aufwand, diese Vorwürfe zurückzuweisen, wird sich nunmehr in einem Hinweis auf die Entscheidung des BGH beschränken. Und vielleicht wird auch die Unternehmensseite zu einem konstruktiven Umgang bei der Beantwortung der Frage, wie man Rechtsvorschriften einhält, zurückfinden. Denn im Kern geht es um nichts anderes als Rechtstreue.

Die DUH hatte sich bereits mehrfach an die EU-Kommission gewandt und beklagt, dass Behörden ihre ordnungsbehördlichen Überprüfungen in den Bereichen, in denen die Deutsche Umwelthilfe Kontrollen vornimmt, nahezu vollständig eingestellt haben. Der Aufwand der Unternehmen sollte der Einhaltung des Rechts dienen, nicht der Abwehr des Kontrolleurs. Das Urteil des BGH, nüchtern und klar, und von unnötigen Emotionen unbeeinflusst, hat dazu einen wertvollen Beitrag geleistet.



» Die Prüfungen der DUH mögen für die unternehmerischen Akteure unangenehm sein. Anstatt jedoch die Energie auf eine bessere Compliance zu verwenden, erweckten Teile des Handels den Eindruck als sei man damit beschäftigt, den Kontrolleur aus dem Weg zu räumen.«

Prof. Dr. Remo Klinger



Mit einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und einer Begrenzung des Maximalverbrauchs auf 120 g CO₂/km will DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch den Autokonzernen helfen, ihre Verpflichtung zu erfüllen, zukunftsfähige Fahrzeugmodelle zu entwickeln. „Vor allem brauchen wir ein starkes Wachstum bei sauberen Bussen, Schienenfahrzeugen und Fahrrädern“, sagt Resch. „Um das zu erreichen, fordert die DUH zudem das Ende der Zulassung von Neufahrzeugen mit reinem Verbrennungsmotor zum 1. Januar 2025.“

»Wir brauchen eine radikal andere Mobilität«

Herr Resch, trotz Dieselskandal geht der Betrug der Autokonzerne weiter. Das Emissions-Kontroll-Institut der DUH hat gemessen, dass der Porsche Cayenne zwölfmal mehr Stickoxide ausstößt als erlaubt, andere große Autos haben ähnlich schlechte Werte. Wie kann das sein?

Weil sich nichts an der Kumpanei von Automobilindustrie und Bundesregierung geändert hat. In Deutschland regieren die Dieselkonzerne nach wie vor durch.

Wie machen die das eigentlich?

Die Konzernlenker bei BMW, Daimler und Volkswagen haben sich in den vergangenen Jahren erfolgreich Politiker eingekauft, die über hervorragende Kontakte in die Staatskanzleien und ins Kanzleramt verfügen. Es genügt dann, auf die Bedeutung der letzten verbliebenen Schlüsselindustrie zu verweisen und schon exekutiert die Regierung die Anweisungen aus München, Stuttgart und Wolfsburg. Eine eigenständige Verkehrspolitik besteht in Deutschland spätestens seit 2005 nicht mehr, das zeigt Dieselgate.

Geht da in der Sache was voran?

Im Herbst 2015 versuchten Autokonzerne und Politik, den gerade bekannt gewordenen US-Abgasskandal auf wenige hunderttausend in die USA exportierte Euro 5 VW-Diesel-Pkw zu begrenzen. Wir sind dem entgegengetreten und haben verkündet, dass alle Diesel-Hersteller bei Euro 5+6 betrügen. Und wir haben dies mit zwischenzeitlich knapp 2.000 Abgasmessungen belegt. Bundesregierung und Autokonzerne versuchen uns seitdem in unserer Aufklärungsarbeit zu behindern – ohne Erfolg: Praktisch alle Hersteller im In- und Ausland sind der Verwendung illegaler Abschalteinrichtungen überführt.

In der Politik haben sich die Erkenntnisse aber nicht durchgesetzt.

Die Bundesregierung kämpft verbissen gegen eine Verpflichtung der Industrie an, dass diese die rund elf Millionen Betrugsdiesel auf eigene Kosten nachrüstet. Autokonzerne und Bundesregierung haben damit erreicht, dass der Diesel tot ist. Bei Privatkäufen spielt er schon heute keine relevante Rolle mehr und im Ausland werden batterieelektrische Antriebe und keine Diesel gekauft. Mit unserer Aufklärungsarbeit und dem gerichtlichen Kampf für die Saubere Luft und gegen giftige Dieselabgase haben wir die Verkehrswende in Deutschland eingeleitet. Wir erreichen in 39 Städten, in denen wir für die Saubere Luft klagen, einen massiven Ausbau von Bus, Bahn und Tram und ein Zurückdrängen des motorisierten Individualverkehrs.

Welche Rolle spielt die Elektro-Mobilität in der Verkehrswende? Sollten E-Autos möglichst viele der 47 Millionen in Deutschland zugelassenen Autos ersetzen?

Diesel- oder Benzin-Pkw 1:1 durch Elektroautos zu ersetzen, ist nicht die Lösung. Wir brauchen eine Halbierung des Pkw-Bestandes. Um dabei die Mobilität der Menschen zu erhalten, müssen die kollektiven Verkehre massiv ausgebaut werden. Mehr Strecken und dichtere Taktfahrpläne, für alle Pkws gesperrte Busspuren, auf denen ein Zeitvorteil für den Reisenden entsteht, ist unser Ziel. Unsere Nachbarländer Dänemark, Niederlande, Schweiz und Österreich zeigen, dass es geht.

Elektroantriebe verbrauchen auch Energie und stoßen ebenfalls CO₂ aus, nur nicht während der Fahrt. Wie werden also Autos sauberer?

Deswegen brauchen wir gerade für Autos klare Verbrauchs-Obergrenzen – unabhängig davon, ob sie mit Verbrennungs- oder Elektromotor unterwegs sind. Durch die SUV-Werbeoffensive der Autokonzerne steigen bei uns seit zwei Jahren sogar die CO₂-Emis-

sionen wieder an, am stärksten bei den Diesel-Modellen. Wenn in Europa aus Klimaschutzgründen Staubsauger mit mehr als 600 Watt Verbrauch nicht mehr verkauft werden dürfen, ist eine Obergrenze fürs Auto erst recht notwendig. Die DUH fordert die Einführung einer 120 Gramm CO₂ /km Obergrenze im realen Verbrauch. Umgerechnet auf Elektrofahrzeuge auf Basis des aktuellen Strommixes bedeutet dies einen maximal zulässigen Stromverbrauch von 180 Watt/km bei Elektrofahrzeugen.

Damit hebeln Sie die Anrechnung der E-Fahrzeuge auf den Flottenverbrauch aus, wenn alle Fahrzeuge unabhängig vom Motor bis 2025 eine Obergrenze bekommen.

Momentan wird Energie vergeudet, es gibt keinen Anreiz für effiziente und gleichzeitig sparsame Fahrzeuge. Die Ingenieure können künftig zeigen, was sie können. Wie beim Staubsauger: Eben aus 600 Watt mehr Saugkraft rauszuholen als bei saugschwachen Stromschluckern, die bis vor kurzem verkauft wurden. Verbrauchs-Obergrenzen führen zu Leichtbau, besserer Aerodynamik. Auch Familienfahrzeuge mit sieben Sitzplätzen sind möglich. Durch die Einführung eines Tempolimits ist es ja dann nicht mehr notwendig, Fahrzeuge auf Hochgeschwindigkeiten auszurichten. Wir haben übrigens wie angekündigt ein breites Bündnis für ein Tempolimit geschaffen, mit Polizeigewerkschaften, Unfallopfer-Verbänden, Kirchen, Umwelt- und Verkehrsverbänden. Und der ADAC hat seinen Widerstand gegen ein Tempolimit offiziell eingestellt.

Sie fordern einen Paradigmenwechsel in der Industrie. Auch die Gesellschaft müsste eine andere werden, denn halb so viele Pkw bedeutet, dass nur noch halb so viele Menschen ein Auto fahren.

Die Menschen in den Ballungsräumen und Großstädten entscheiden sich schon jetzt dort für Bus, Bahn und Fahrrad, wo das Angebot stimmt. Das zeigen Kopenhagen, Zürich und Wien.

Brauchen wir mehr Verbote, um beim Klimaschutz voranzukommen?

Die DUH ist immer schon für Ordnungsrecht eingetreten. Dass es geht, wenn man nur will, zeigt aktuell der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte, der ein Tempolimit von 100 km/h zwischen 6.00 und 19.00 Uhr auf den Autobahnen in Holland eingeführt hat. Und zwar um die Grenzwerte für den Ausstoß des Dieselausgasgiftes Stickstoffdioxid zu verringern.

Von solcher Einsicht ist die deutsche Regierung weit entfernt.

Unsere Regierung versuchte zu Jahresbeginn, den Grenzwert ganz aufheben zu lassen. Nachdem dies am Widerstand der EU scheiterte, versuchte sie auf Anweisung der Dieselskonzerne, den Grenzwert einfach hochzusetzen. Daran sehen Sie, wie ungeniert BMW, Daimler und VW bei uns durchregieren.

Der Bundesgerichtshof hat 2019 in höchster Instanz festgestellt, dass die DUH zu Recht Handel und Industrie bei Verstößen gegen Verbraucherrechte kontrolliert, da der Staat nicht kontrolliert. Ist damit der Vorwurf vom Tisch, dass die DUH ein Abmahnverein sei?

Das tat schon gut, dass das höchste deutsche Zivilgericht nach über zehn Jahren Diffamierung aus einer des organisierten

Betrugs überführten Industrie der Deutschen Umwelthilfe in allen Punkten Recht gegeben hat. Die Situation zuvor war am ehesten mit der der Panzerknacker vergleichbar, die sich darüber beschwerten, beim Bankraub geschnappt zu werden, obwohl das Polizeirevier geschlossen sei.

Wie meinen Sie das?

Wir kontrollieren mittlerweile die Einhaltung von 20 verschiedenen Rechtsvorschriften. Aber nur eine Branche, die Automobilkonzerne, wehren sich mit Händen und Füßen, von uns kontrolliert zu werden. Sie haben es geschafft, dass sie von den zuständigen Behörden nicht kontrolliert bzw. bei Verstößen keine Bußgelder gefordert werden. Der BGH hat in dankenswerter Deutlichkeit widersprochen und ausgeführt, dass angesichts der Intensität der Rechtsverstöße und des Nichtstuns der staatlichen Stellen die DUH gar nicht anders könne, als in dieser Weise zu kontrollieren. Um eben durchzusetzen, dass umweltbezogene Verbraucherschutzvorschriften beachtet werden.

Die CDU hat sogar beschlossen, der DUH die Gemeinnützigkeit und die Klagerechte vor Gerichten zu entziehen. Haben solche Angriffe aufgehört?

Das zuständige Finanzamt hatte uns im Herbst 2018 – wenige Wochen bevor der von den Autokonzernen dominierte CDU-Bezirksverband Stuttgart diese Anträge zum CDU-Bundesparteitag gestellt hat – die Gemeinnützigkeit bescheinigt, nach langer und ausgiebiger Prüfung. Die für die Prü-

fung zuständige Leiterin des Finanzamtes Singen sagte übrigens öffentlich, dass in Deutschland die Finanzämter für die Prüfung der Gemeinnützigkeit zuständig sind und nicht die politischen Parteien. Wir in der DUH hatten in 44 Jahren noch nie Probleme mit der Gemeinnützigkeit.

Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Mitglieder. Warum?

Das ist auch ein Ergebnis dieser undemokratischen Angriffe auf die DUH und damit auch auf die Mitwirkungsrechte von Umweltverbänden. Den höchsten Mitgliederzuwachs haben wir immer dann, wenn die der Automobilindustrie nahestehenden Politiker uns als ‚semikriminell‘ bezeichnen oder wir sie wieder mal ertappt haben, wie sie Gesetze so ändern wollen, dass sich die DUH nicht mehr für Umwelt, Klima und Verbraucher einsetzen kann. Wir freuen uns, dass Ende 2019 über 8.000 Menschen sagen: Wir sind Teil der Deutschen Umwelthilfe.

Und finanziell hat das ausgereicht?

Durch vermehrte Spenden und Mitgliedsbeiträge konnten wir die Rückgänge an anderer Stelle ausgleichen. Jeder Jahreshaushalt ist für uns dennoch ein Abenteuer.

Treibt Sie der Rückhalt von so vielen Menschen auch an?

Auf jeden Fall! Dazu kommen ja mehrere hunderttausende Menschen, die unsere Petitionen unterstützen. Prominente Schauspieler und Wissenschaftler stehen hinter uns. Und wir freuen uns, dass in diesem Jahr die Kinder und jungen Erwachsenen von Fridays for Future zeigen, dass die Gesellschaft klare Antworten auf die Fragen der Gegenwart erwartet, an denen wir arbeiten.

» Das tat gut, dass das höchste deutsche Zivilgericht nach über zehn Jahren Diffamierung der Deutschen Umwelthilfe in allen Punkten Recht gegeben hat. «



Wir machen Tempo für umweltfreundliche Mobilität

Langsamer fahren spart bis zu fünf Millionen Tonnen CO₂ – mit einem breiten Bündnis gesellschaftlicher Gruppen kämpfen wir daher für ein Tempolimit in Stadt und Land. Deswegen engagieren wir uns auch dafür, dass die Autoindustrie endlich den ehrlichen Spritverbrauch und die CO₂-Emissionen ihrer Modelle bekannt gibt. Und wir freuen uns, dass unsere Klagen für Luftreinhaltepläne Erfolg zeigen: Die Städte befördern die umweltfreundliche Mobilität

» Nur mit einer Verkehrswende erreicht Deutschland die verbindlichen Klimaschutzziele. Doch nur technische Lösungen reichen nicht – ein massiver Ausbau kollektiver Verkehrssysteme muss an die Stelle bisheriger, auto-fokussierter Politik treten «

Dorothee Saar, Leiterin Verkehr und Luftreinhaltung

Alle reden vom Klima, wir bringen die ökologische Verkehrswende voran. Mit einem breiten Bündnis gesellschaftlicher Gruppen kämpfen wir für ein Tempolimit in der Stadt, außerorts und auf Autobahnen. 30 – 80 – 120 lautet unsere Forderung, mit der jede Autofahrerin und jeder Autofahrer sofort klimaschonender unterwegs sein kann. Bis zu fünf Millionen Tonnen CO₂ kann Deutschland mit einem generellen Tempolimit außerorts und auf Autobahnen sparen – und das fast zum Nulltarif.

Da ein Tempolimit für Mensch, Natur, Umwelt und Klima nur Vorteile hat, haben wir Verbündete in unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen gefunden. Die Gewerkschaft der Polizei NRW, die Verkehrsoffer-Unfallhilfe Deutschland VOD, die Initiative für sichere

Straßen und HannoverAIR Connection setzen sich gemeinsam mit den Umweltschutzverbänden BUND, VCD, Greenpeace, DUH, Changing Cities, Verbund Service und Fahrrad e.V. und Fahrrad-Club ADFC für das Tempolimit ein. Unterstützt wird das Bündnis von Andreas Troke, dem früheren Präsidenten des Umweltbundesamts.

Mit einem Tempolimit nähert sich Deutschland den Klimaschutzzielen

Da die Bundesregierung es nicht geschafft hat, das Klimaschutzziel bis 2020 zu erreichen, kämpfen wir mit unseren Bündnispartnern dafür, dass das Tempolimit das Klimaschutzgesetz ergänzt. So können die klimaver-

träglicheren Geschwindigkeiten noch dazu beitragen, sich dem Klimaschutzziel 2020 anzunähern.

Deutschland muss das Tempolimit aus technischen Gründen sowieso einführen. Die Mobilität von Morgen bedeutet teilautonomes Fahren. Neue Fahrzeugmodelle werden ab 2022 nur noch zugelassen, wenn sie automatisch Abstand und die Spur halten oder von selbst bremsen, wenn es notwendig ist. Diese Sicherheitstechnik funktioniert am besten, wenn die Fahrzeuge ausreichend Platz auf den Straßen haben. Auch die von der Bundesregierung mit Milliarden Steuergeldern geförderten Elektroautos werden nur dann eine Chance auf deutschen Straßen haben, wenn alle Tempo 30 – 80 – 120 einhalten: Deutlich höhere Geschwindigkeiten lassen die Reichweite schmelzen.

Unsere Klagen für Luftreinhaltepläne zeigen Erfolg

Raus aus dem Auto, rein in den Bus, aufs Rad oder in das gute Schuhwerk. Denn: „Verkehrswende bedeutet nicht, dass jeder in ein frei herumstehendes Mietauto steigt oder mit dem Elektroroller herumdüst“, sagt Annette Stolle, stellvertretende Leiterin Verkehr und Luftreinhaltung. „Verkehrswende bedeutet, dass die Menschen in die kollektiven Verkehrsmittel steigen und abgasarme, energieeffiziente Busse und Bahnen benutzen.“ Sie und das Team der DUH-Verkehrsexperten kämpfen daher politisch für ein 365-Euro-Jahresticket.

Mit dem günstigen Ticket können Bürgerinnen und Bürger für einen Euro am Tag alle öffentlichen Verkehrsmittel in der Stadt oder Region nutzen. Städte müssen zudem die Autos vergraulen, um eine umweltfreundliche Mobilität attraktiver zu machen. Also weniger Straßenraum für Autos, weniger Parkplätze, stattdessen mehr Fahrradstraßen, Gehwege und Vorrang für den ÖPNV. Noch kosten die Autos die Städte doppelt so viel Geld wie der öffentliche Nahverkehr. Das Geld können Städte umschichten und in die klimafreundliche Mobilität investieren.

„In den Städten ist kein Platz mehr für die Stadtpanzer und SUVs – dort brauchen Menschen den Platz zum Leben und Wohnen“, sagt Annette Stolle. Schon jetzt lebt die Mehrheit der Menschen in Städten – der Platz dort ist zu schade für überdimensionierte Autos. In Zeiten der Erderwärmung müssen Städte zudem mehr Bäume und Grünflächen anlegen, um für Kühlung zu sorgen. Deswegen haben Städte auch keinen Platz für die „free-floater“, also all die Roller, Scooter, Autos, die am Straßenrand oder auf dem Gehweg auf Menschen warten.

In 39 Städten hat die DUH bereits die umwelt- und klimafreundliche Überarbeitung des Luftreinhalteplans eingeklagt. Verantwortliche in den Städten

ergreifen die Chance nach einem Urteil, mit einem neuen Luftreinhalteplan eine zeitgemäße Mobilität zu befördern. So hat Reutlingen ein 365-Euro-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr eingeführt und zehn neue Buslinien mit 100 neuen Haltestellen eingerichtet. Wiesbaden hat, angeregt durch unsere Klage, 400 Millionen Euro zu einem Investitionspaket geschnürt, um die Verkehrswende zu befördern. Zahlreiche Städte wie Mainz oder Aachen haben die Busflotte mit Abgasreinigung nachgerüstet. Und nicht zuletzt hat unsere Arbeit für die Luftreinhaltung dazu geführt, dass die Bundesregierung 1,5 Milliarden Euro für die Städte mit hoher Luftverschmutzung bereitstellt.

„Wir brauchen eine Verkehrswende und müssen die Anzahl der Autos in der Stadt drastisch reduzieren“, sagt Dorothee Saar, Leiterin Verkehr und Luftreinhaltung. „Dafür müssen wir von unseren europäischen Nachbarn lernen: perfekt ausgebauten Radverkehr mit baulich abgegrenzten Radwegen wie in Holland oder Dänemark, ein 365-Euro-Ticket für den ÖPNV wie in Wien, dichten Taktfahrplan wie in Zürich“.

Get Real – unser EU-Projekt für ehrliche Spritangaben

Als Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation weist die DUH seit 20 Jahren auf die geschönten Spritverbrauchsangaben und falschen CO₂-Daten der Automobilindustrie hin. Der Unterschied zwischen den Herstellerangaben und den tatsächlichen Spritverbräuchen liegen mittlerweile bei 39 Prozent. Vor zehn Jahren waren es 7 Prozent. Die EU-Kommission fördert unsere ökologische Verbraucherschutzarbeit im Rahmen des LIFE-Programms mit dem Projekt „Get Real: Für ehrliche Spritangaben“.

Als wären die verbrauchertäuschenden Angaben nicht dreist genug, setzt die Industrie noch einen drauf. Seit dem 1. September 2018 gilt das neue Labor-Messverfahren WLTP (Worldwide harmonized Light vehicles Test Procedure), mit dem die Verbrauchswerte ehrlicher gemessen werden sollen. Diese Werte veröffentlichen die Hersteller jedoch nicht, sondern rechnen sie nach der alten Methode um. Die Autokäufer erfahren also in Deutschland wieder nicht, wieviel Sprit ihr Auto wirklich benötigt und wieviel klimaschädliches CO₂ das Auto ausstößt. Die Bundesregierung unterstützt die Industrie bei dieser Verbrauchertäuschung: Das Bundeswirtschaftsministerium setzt eine seit 2017 geltende EU-Verordnung nicht um, so dass die WLTP-Werte rein juristisch in Deutschland nicht genannt werden müssen. Die DUH nimmt weder die Täuschung der Verbraucherinnen und Verbraucher hin, noch akzeptieren wir den vorsätzlichen Rechtsbruch zulasten von Klima, Umwelt und Gesundheit. Wir sagen: ehrlich werden.



» In den Städten ist kein Platz mehr für die Stadtpanzer und SUVs – Menschen brauchen den Platz zum Leben und Wohnen. «

.....
Annette Stolle,
Stellvertretende Leiterin
Verkehr und Luftreinhaltung



»Die schwarze Null macht keinen Sinn, wenn sie auf Kosten des Klimaschutzes geht«

Barbara Metz, Stellvertretende DUH-Bundesgeschäftsführerin, fordert mehr Geld für die Gebäudesanierung, mehr Mut der Regierung, sich von den Forderungen der Industrie zu befreien und eine klare Ausrichtung aller Politik darauf, die Klimaziele zu erreichen. „Die Forderungen der Fridays for Future sind nicht radikal, sondern zeitgemäß“, sagt Metz. „Die DUH fordert vor allem eins: soziale und klimapolitische Aspekte gleichermaßen zu adressieren – das eine wird ohne das andere nicht funktionieren.“

Frau Metz, wie beeinflusst die Fridays for Future-Bewegung die Arbeitsweise der Deutschen Umwelthilfe?

Greta Thunberg und die Fridays for Future-Bewegung sind ein riesengroßes Glück für die Umweltverbände. Klimaschutz ist dank der engagierten jungen Menschen an fast jedem Mittagstisch zum Thema geworden. Alle wissen jetzt: Wir haben ein Riesenproblem. Die Fridays for Future-Bewegung hat uns Rückenwind gegeben. Wir können ganz anders diskutieren und haben eine Basis, auf der wir andere Mehrheitsverhältnisse schaffen können. Leider wird das im politischen Handeln noch nicht wirklich sichtbar. Unser politisches System ist extrem träge und muss mal kräftig gerüttelt werden, damit sich was bewegt.

Wie soll sich das System bewegen?

Momentan ist es so, dass Industrievertreter von der Automobilindustrie bis zur Immobilienbranche sehr starken Einfluss auf die Politik nehmen. Die Industrie setzt ihre Interessen durch und die Politik drückt

gern beide Augen zu. Das geht auf Kosten der Allgemeinheit. Auf unser aller Kosten. Das muss sich ändern. Wir brauchen eine Politik, die wieder die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt und soziale, umweltpolitische und wirtschaftliche Interessen ausgleicht. Alle Parteien schreiben, dass sie die Pariser Klimaschutzziele ernst nehmen – leider nur auf dem Papier.

Die Fridays for Future-Aktivistinnen und Aktivisten wirken radikal und sind die Zukunft der Umweltbewegung. Verändern sie auch die Diskussionen innerhalb der DUH?

Ich finde die nicht radikal, sondern zeitgemäß. Die Forderungen der Fridays for Future-Bewegung sind genau die, die wir brauchen, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Unsere Aufgabe als Umweltverband ist es, diese Forderungen in konkrete Maßnahmen zu übersetzen. Ölheizungen verbieten? Tempolimit? Wie können wir umsteuern? Das ist nicht der Job von Fridays for Future – das ist unserer.

» Wir brauchen eine Politik, die wieder die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt und soziale, umweltpolitische und wirtschaftliche Interessen ausgleicht.«

Lassen Sie uns das konkret besprechen. Immobilien sind in Deutschland für ein Drittel der CO₂-Emissionen verantwortlich. Die DUH fordert mehr Dämmungen und energetische Sanierungen, die die eh schon hohen Mieten steigen lassen.

Die DUH fordert vor allem eins: soziale und klimapolitische Aspekte gleichermaßen zu adressieren. Das eine wird ohne das andere nicht funktionieren. Das kann man aktuell deutlich an den Protesten wegen der steigenden Mieten sehen und gleichzeitig daran, dass die Klimaziele im Gebäudebereich trotzdem nicht erreicht werden. Wir brauchen eine Neuverteilung der Kosten und neue Gesetze. Damit tut sich die Bundesregierung aber gerade im Gebäudebereich sehr schwer. Seit mehr als einem Jahrzehnt wird die steuerliche Förderung von energetischer Gebäudesanierung diskutiert. Bisher gibt es sie nicht. Der eigenen Vorbildfunktion kommt die Regierung ebenfalls nicht nach: Seit 2015 liegt ein Sanierungsfahrplan für die Bundesgebäude in der Schublade der Ministerien und wird nicht veröffentlicht, weil das Sanieren der Bundesregierung zu teuer ist. Gleichzeitig plant der Finanzminister Geld für Strafzahlungen im Bundeshaushalt ein, wenn Deutschland die EU-Klimaziele nicht erreicht. Das ist absurd.

Wäre es sinnvoll, die schwarze Null für eine grüne Null aufzugeben?

Die schwarze Null macht keinen Sinn, wenn sie auf Kosten des Klimaschutzes geht und wir irgendwann ganz andere Probleme haben. Gerade im Gebäudebereich mit seinen langen Investitionszyklen ist es wichtig, dass bereits heute ambitionierte Effizienz-Standards für den Neubau gelten – die gibt es aktuell leider nicht. Gleichzeitig muss der Gebäudebestand soweit wie möglich klimazielfunkompatibel saniert werden – auch hier passiert viel zu wenig. Alles was heute gebaut oder saniert wird, müsste demnach noch einmal vor 2050 umfassend angefasst werden – das ist definitiv nicht wirtschaftlich.

Was schlagen Sie vor?

Eine Energieberatung mit gebäudeindividuellem Sanierungsfahrplan bei Neuvermietung und Verkauf könnte verpflichtend sein, damit auch ordentlich saniert wird. Wir brauchen den Ausstieg aus fossilen Energien. Das heißt: keine neuen Ölheizungen mehr ab 2020 und keine neuen Gasheizungen ab 2025. Nur dann werden sich andere Wärmeversorgungssysteme wie Wärmepumpen oder erneuerbare Wärmenetze ausbreiten.

Ein anderes Thema. Umweltministerin Schulze will Plastiktüten verbieten. Ist das ein guter umweltpolitischer Anreiz?

Grundsätzlich geht ein Plastiktütenverbot in die richtige Richtung. Wichtig ist an der Stelle, dass das eine Einwegprodukt nicht durch ein anderes ersetzt wird. Deshalb setzt sich die DUH seit Jahrzehnten für Mehrweg ein. Da wo Abfall nicht komplett vermieden werden kann, müssen möglichst Mehrwegprodukte eingesetzt werden – weil sie klimaschonender sind als Einwegprodukte. Im Grundsatz hat Umweltministerin Schulze das

verstanden und eine Mehrwegquote von 70 Prozent gesetzlich verankert. Allerdings setzt sie nur auf Freiwilligkeit auf Seiten der Industrie und des Handels.

Das Verpackungsgesetz funktioniert nicht?

Nein, das funktioniert nicht. Und das ist auch wenig überraschend: Was wir brauchen, sind verbindliche Regelungen, deren Einhaltung kontrolliert wird. Nichteinhaltung muss bestraft werden.

Dabei ist Nachhaltigkeit ein Trendthema. Menschen wollen umweltfreundlich handeln.

Ja, das stimmt, aber die Politik macht es ihnen nicht leicht. Und ich finde es auch nicht fair, die gesamte Verantwortung

auf die Verbraucher abzuwälzen. Die Politik muss endlich dafür sorgen, dass es teuer wird, unökologische Verpackungen herzustellen. Sie muss die richtigen Anreize schaffen. Verpackungen müssen außerdem einfacher gestaltet werden und dürfen zum Beispiel nicht aus verschiedenen Kunststoffen bestehen, denn so etwas kann nur sehr schwer recycelt werden. Umverpackungen müssen wegfallen. All das muss gesetzlich geregelt werden.

Sie haben 2019 das erste Mal die unsinnigste Verpackung mit dem Negativpreis Goldener Geier ausgezeichnet.

Die Resonanz unserer Online-Aktion war überwältigend. Wir haben in kürzester Zeit hunderte Bilder mit abstrusen und völlig unnötigen Verpackungen von Verbraucherinnen und Verbrauchern zugesandt bekommen. Mehr als 20.000 Menschen haben sich an der Abstimmung beteiligt. Die Menschen wissen sehr genau, was schief läuft und wollen das nicht länger akzeptieren.

Und an wen ging der Preis für die schlimmste Verpackung?

Der Goldene Geier ging an Nestlé für acht 0,33 Liter Plastik-Einwegflaschen mit französischem Mineralwasser, eingeschweißt in Plastikfolie. Aus Naturschutzgründen ist das schon unverständlich, warum Nestlé die Gegend von Vittel so stark ausbeuten darf. In Deutschland gibt es genügend Mineralwasserquellen, es besteht kein Bedarf an französischem Mineralwasser.

Müssen wir als Gesellschaft verzichten, wenn wir Klima- und Umweltschutz ernst nehmen?

Wir müssen das System umstellen und wir müssen dann auf bestimmte Dinge verzichten, weil die Welt sie nicht braucht.

Zum Beispiel?

SUVs. Die braucht kein Mensch. Wir sollten nicht jedem vorwerfen, wenn er mal eine Flugreise macht und sich ein anderes Land anschauen will. Aber es kommt auf das Maß an. Dass alles überall und jederzeit im Überfluss zu günstigen Preisen vorhanden ist, das funktioniert eindeutig nicht. Insofern geht es um ein Umstellen und um die richtige Anreizsetzung. Werden die Flugreisen teurer, muss die Zugverbindung besser und günstiger werden. Deswegen geht es nicht um Verzicht, sondern darum deutlich zu machen, was die Sachen die Umwelt und das Klima kosten.

» Es geht nicht um Verzicht, sondern um die richtigen Preise und ein Deutlichmachen, was die Sachen die Umwelt und das Klima kosten. Überfluss zu günstigen Preisen funktioniert eindeutig nicht. «



Wir klagen Klima- und Verbraucherschutz ein – zu Recht!

Der Bundesgerichtshof bestätigt die Arbeit der DUH und stellt fest: Die DUH leistet ökologische Verbraucherschutzarbeit – bis hin zu Klagen vor Gericht. Unermüdlich klären wir über die Energiekennzeichnungspflichten für Kühlschränke, Glühbirnen, Reifen und andere Konsumgüter bis hin zum Auto auf. Völlig unverständlich ist, warum Unternehmen noch immer meinen, den Verbraucher mit falschen oder fehlenden Angaben täuschen zu können

Die Spielräume für zivilgesellschaftliche Organisationen schrumpfen in etlichen europäischen Ländern. Regierungen schränken mit Gesetzen die Handlungsfähigkeiten der Nichtregierungsorganisationen ein, Industrie und Wirtschaft üben Druck aus, ihnen verbundene Medien schüren die öffentliche Meinung gegen Umweltschutz, Menschenrechtsaktivisten oder gegen Minderheiten. Erschreckenderweise stellen wir fest, dass auch in Deutschland einige Vertreter von Politik und Wirtschaft das Ziel verfolgen: Sie wollen Nichtregierungsorganisation vor allem im Umwelt- und Klimaschutz mundtot machen, indem sie den Organisationen zum Beispiel die Gemeinnützigkeit entziehen lassen.

Derartige Versuche gegen die DUH sind gescheitert. Das Bundesamt für Justiz führt die Deutsche Umwelthilfe e.V. als „qualifizierte Einrichtung“. Das bedeutet: Die DUH ist ein staatlich anerkannter Um-

welt- und Verbraucherschutzverband und berechtigt, gegen die umwelt- und verbraucherschutzrelevanten Wettbewerbsverstöße von Industrie, Handel und Dienstleistungsunternehmen zu klagen.

Auch der jüngste Vorstoß der Autoindustrie, der DUH die Klagebefugnis zu entziehen, scheiterte krachend vor dem Bundesgerichtshof. Der Bundesgerichtshof hat im Juli 2019 klargestellt, dass die DUH mit Kontrollen und gegebenenfalls Klagen gegen Gesetzesverstöße von Industrie und Handel rechtmäßig handelt. Das höchste deutsche Gericht stellt fest: Die DUH leistet ökologische Verbraucherschutzarbeit (Az BGH: I ZR 149/18).

Zu dem abschließenden BGH-Urteil kam es durch einen Rechtsstreit zwischen der DUH und einem Stuttgarter Mercedes-Pkw-Händler, der gegen die Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (Pkw-EnVKV) verstoßen hatte. Im Mai 2016 hatte die DUH

den Händler abgemahnt, weil er auf seiner Homepage den Mercedes-AMG C 450 AMG 4MATIC mit „3-Liter-V6-Biturbomotor“ beworben hatte, jedoch die gesetzlich vorgeschriebenen Angaben zum Kraftstoffverbrauch und den CO₂-Emissionen des Modells wegließ. Laut Spritmonitor.de liegen bei diesem Fahrzeug die durchschnittlichen CO₂-Emissionen bei 240 g/km und damit mehr als doppelt so hoch wie der EU-Zielwert von 95 g CO₂/km in 2020. Der Mercedes-Händler lehnte die Abgabe einer Unterlassungserklärung ab, so dass die DUH am 4. Juli 2016 Klage am Landgericht Stuttgart erhob (AZ 41 O 31/16). Nach einem Sieg in 1. und 2. Instanz ging der Fall an den BGH, der die Klagebefugnis der DUH sowie die Rechtmäßigkeit der ökologischen Marktüberwachung bestätigte.

Die DUH entdeckt auch auf der Automesse IAA die Verstöße der Konzerne gegen die Gesetze

Die DUH-Marktwächter kontrollieren stichprobenhaft, ob Unternehmen die verbraucherrelevanten Umweltschutzgesetze einhalten. Sie schauen, ob Wohnungsanzeigen die richtigen Angaben zu den Heizkosten enthalten und Händler den Stromverbrauch von Fernsehern, Kühlschränken, Klimaanlage und anderen Elektrogeräten angeben. Sie checken den Quecksilbergehalt in Leuchten und die Chemikalien aus Verpackungen in Lebensmitteln. Keine Branche verstößt so hartnäckig gegen die Energieverbrauchskennzeichnungspflicht wie die Autohersteller und -händler. Selbst auf der IAA, der Automobilmesse in Frankfurt/Main, verstoßen die Aussteller gegen die gesetzlich vorgeschriebenen Kennzeichnungen zu Spritverbrauch und CO₂-Ausstoß. Der Gesetzgeber will ausdrücklich, dass Menschen vor einer Kaufentscheidung die umwelt- und geldbeutelrelevanten Informationen auf einen Blick erfassen können.

Während die Autokonzern-Bosse auf der IAA vom Klimawandel reden, missachten die Unternehmen die gesetzliche Kennzeichnungspflicht. Auf der IAA 2019 entdeckte die DUH wie in den Jahren zuvor, dass ausgestellte Neufahrzeuge eben nicht korrekt und leicht lesbar gekennzeichnet sind. Daimler (Smart), Volkswagen (Lamborghini, Porsche), Ford, Renault und Hyundai haben auf der IAA gegen die Kennzeichnungspflicht verstoßen. „Besonders ärgerlich ist, dass die für die Marktüberwachung zuständigen Landesbehörden wegschauen“, sagte Agnes Sauter, Leiterin der Abteilung Ökologischer Verbraucherschutz der DUH. Sauter informiert Jahr für Jahr das in Frankfurt zuständige Hessische Eichamt und hat 2019 tatsächlich das erste Mal die Antwort bekommen, dass das Amt „Kollegen mit der Bitte um Prüfung“ kontaktiert habe. Systematisch übersehen die Behörden in den

meisten Bundesländern die Verstöße gegen die Kennzeichnungspflichten. Nur drei von 16 Bundesländern kamen 2018 ihrer Pflicht zur Marktüberwachung von Umwelt- und Klimaschutzvorschriften nach, hat unsere Prüfung ergeben.

Der Fisch stinkt vom Kopf her, heißt es. Das Bundeswirtschaftsministerium setzt die neue Prüfvorschrift für den CO₂-Ausstoß nicht um. Die Regierung verschleppt damit die Novelle der Energieverbrauchskennzeichnung für Pkw und stützt die Verbrauchertäuschung der Autokonzerne, die sich schon im Dieselabgasskandal offenbarte. Zum Hintergrund: Seit dem 1. September 2018 werden Spritverbrauch und CO₂-Emissionen nach dem WLTP-Prüfverfahren ermittelt. Das erkennt realistischere und damit höhere Werte als das bislang genutzte Testverfahren. Autokonzerne rechnen diese höheren Werte völlig legal in die niedrigeren Werte des alten Prüfverfahrens um und werben damit. Da die Kfz-Steuer nach den in der Regel höheren WLTP-Werten ermittelt wird, erfahren viele Käufer erst bei der Zustellung des Steuerbescheides, wie spritdurstig und klimaschädlich ihr Fahrzeug ist.

Eine dreiste Täuschung der Verbraucher, findet die DUH. Pikant ist, dass Bundeswirtschaftsministerium und Industrie so offensichtlich zusammenarbeiten. Die angekündigte Novelle hat das Bundeswirtschaftsministerium übrigens im Sommer 2019 um ein weiteres Jahr auf 2020 verschoben.

DUH deckt Missstände bei Energieausweisen für Gebäude auf

Die DUH-Verbraucherschützer haben 2019 erneut untersucht, ob die Marktüberwachungsbehörden in den Bundesländern die Energieverbrauchsangaben in Wohnungs- und Immobilienanzeigen oder das Vorliegen eines Gebäudeenergieausweises kontrollieren. Eigentlich nicht, lautet das ernüchternde Ergebnis. Nur Bremen guckt genau hin und verhängt Sanktionen bei festgestellten Verstößen gegen die Pflicht der Makler. Laut der EU-Richtlinie 2010/31/EU müssen Makler diese Angaben machen und die Mitgliedsländer müssen die Energieeinsparverordnung mit wirksamen Kontrollen durchsetzen. Deutschland schädigt damit das Klima und die hierzulande lebenden Menschen, die hohen Energieverbrauch bezahlen müssen. Die DUH-Verbraucherschützer decken derartige Missstände auch weiterhin auf. In einem Fall wurde in Bremen auf Initiative der DUH sogar die Staatsanwaltschaft wegen gewerbsmäßigen Betrugs eingeschaltet: Energieausweise wurden wissentlich falsch ausgestellt, um Immobilien besser aussehen zu lassen. Denn, wie sagt der Bundesgerichtshof: Die ökologische Marktüberwachung der Deutschen Umwelthilfe ist rechtmäßig.



»Die sinnvollsten Gesetze zum Schutz der Verbraucher verfehlen ihre beabsichtigte Wirkung, wenn sie nicht konsequent durchgesetzt werden. Die DUH engagiert sich als klageberechtigter Verbraucherschutzverband für die Rechte der Verbraucher und fordert entschlossenes Handeln der Behörden.«

Agnes Sauter, Leiterin
Bereich Ökologischer
Verbraucherschutz



DUH kämpft für den Regenwald und die Meere



» Komplette auf Palmöl zu verzichten, ist keine Lösung und kann noch schlimmere Folgen haben. Die Ölpalme ist die produktivste Ölpflanze überhaupt – doch sie muss klug genutzt werden. Vor allem sollte Palmöl als hochwertiges Nahrungsmittel verwendet werden «

Peer Cyriacks,
Stellvertretender Leiter
Naturschutz und Biodiversität

Natürliche Ressourcen schonend nutzen, damit sie erhalten bleiben, lautet unsere Devise für die Land- und Fischereiwirtschaft. In Deutschland unterstützen wir eine Pilotkommune dabei, ihre Beschaffung auf Produkte aus nachhaltiger Palmölproduktion umzustellen. Und wir kämpfen dafür, dass EU und Bundesregierung die Überfischung der Meere stoppen

Die DUH-Naturschützerinnen und -Naturschützer kämpfen seit Jahren dafür, dass Palmöl nicht länger dem Dieselmotorkraftstoff in Deutschland beigemischt wird. Regenwälder sind zu kostbar, um sie zu roden und auf der Fläche Ölpalmenplantagen für Biokraftstoffe anzubauen. Wir finden es unerträglich, dass Orang-Utans und andere Tier- und Pflanzenarten ihren Lebensraum verlieren, Dörfer vernichtet und Menschen vertrieben werden. Die DUH setzt sich daher vehement dafür ein, dass Palmöl ausschließlich nachhaltig angebaut wird. Unsere Vorstellungen von naturverträglichem, umweltschonend und fair angebautem Palmöl gehen über die schwachen Standards des Roundtable on Sustainable Palm Oil hinaus. „Palmöl, aber richtig!“ heißt unsere Kampagne für den nachhaltigen Anbau von Ölpalmen und die sinnvolle Verwendung des hochwertigen Rohstoffs Palmöl.

Gemeinsam mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, dem Ministerium für Planung in Indonesien und dem Ministerium für Landwirtschaft und Kooperativen in Thailand bringen wir das Projekt

„Nachhaltige und klimafreundliche Palmölproduktion und Beschaffung“ voran. Die DUH setzt dabei den Hebel zur Veränderung in Deutschland an. Um das nachhaltige Palmöl einem weiten Verbraucherkreis bekannt zu machen, sprechen wir unter anderem Städte und Gemeinden an.

Im Herbst bahnte sich die Kooperation mit der ersten Pilotkommune in Deutschland an. Die Stadt stellt ihren Einkauf auf Produkte aus nachhaltiger Palmölproduktion um. Gemeinsam mit der Stadt organisieren wir in Zukunft die nachhaltige Beschaffung. Das Projekt begleiten wir mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, damit alle Bürgerinnen und Bürger der Kommune und möglichst weit darüber hinaus von dem nachhaltigen Palmölprojekt erfahren. Wir wollen mit der Pilotkommune ein Vorbild schaffen. In Workshops bringen wir in Zukunft Städte und Gemeinden zusammen, damit sie voneinander und miteinander lernen können.

Palmöl und Palmkernöl fließen in viele Produkte, die sich in allen möglichen öffentlichen Gebäuden wiederfinden können: Bratfett in der Rathaukantenne,

Brotaufstrich in der Schulverpflegung, Putzmittel für die Gebäudereinigung, Handseifen in der Amtstoilette. Palmöle sind eine Art Schmierstoff der Lebensmittel-, Kosmetik- und Chemieindustrie. Palmkernöl fließt in die Herstellung von Reinigungs- und Pflegeprodukten oder Schmierstoffen, die auf Basis nachwachsender statt fossiler Rohstoffe produziert werden.

Beim Marktdialog „Nachhaltiges Palmöl“ haben wir zum ersten Mal Akteure aus der Palmöl-Lieferkette mit deutschen Beschaffern aus dem öffentlichen Sektor an einen Tisch gebracht. Die DUH-Naturschützer berichteten ihnen von den Auswirkungen des großflächigen Anbaus von Ölpalmen in Indonesien und Thailand, die sie sich 2019 angeschaut hatten. In Gesprächen mit Kleinbauern und -bäuerinnen erfuhren sie vor Ort, dass ein großer Bedarf an Schulungen zu nachhaltigen Anbaupraktiken bestehe. Kleinbauern, die in der Vergangenheit Schulungen im Rahmen von Pilotprojekten zur Zertifizierung besucht haben, berichteten, dass sie vom Wissen zum Arbeitsschutz und reduzierten Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden profitiert haben. Die DUH hat leider auch eine Vielzahl von illegalen Brandrodungsaktivitäten in Indonesien beobachtet, obwohl Brandrodung gesetzlich verboten ist. Die Reise zum Ursprung der Lieferkette hat Karoline Kickler, Projektmanagerin im Naturschutzbereich der DUH schwer bewegt. „Zur Verhinderung weiterer Entwaldung und Brandrodung ist es unabdingbar, dass Produzentenländer und Unternehmen entlang der Lieferkette wirksame Zertifizierungssysteme entwickeln und umsetzen“, sagt Kickler.

DUH kämpft für ein Ende der Überfischung

Unseren Druck auf die politischen Entscheider in der Fischereipolitik haben wir 2019 noch weiter erhöht. Die DUH-Naturschützer haben am Welttag der Meere vor dem Deutschen Bundestag demonstriert und die Abgeordneten an die erschreckenden Zustände der Fischbestände in Nord- und Ostsee erinnert. Kurz zuvor haben wir die wissenschaftlichen Empfehlungen für die Ostseebestände kommentiert und darauf hingewiesen, dass einige Fischarten nicht mehr gefangen werden dürften. Dem Dorsch in der östlichen Ostsee geht es so schlecht, dass der Bestand zusammengebrochen ist und viele weitere Fischbestände könnten folgen, wenn sie weiter derart ausgebeutet werden.

Um die Fischbestände zu erhalten und die Lebensgrundlage von Küstenfishern zu sichern, kämpft die DUH mit der internationalen Organisation Our Fish für naturverträgliche Fangquoten und eine Überwachung des Rückwurfverbots. Kabeljau, Dorsch, Hering und die anderen lukrativen Fischarten können sich nicht schneller vermehren, als es ihrer Natur entspricht. Die DUH begrüßt daher, dass die EU-Kommission im Juli ein Fangverbot für Dorsch in Teilen der Ostsee erlas-

sen hat. Das genügt jedoch nicht. DUH und Our Fish fordern, dass das Fangverbot solange besteht, bis das Überleben des Bestandes gesichert ist, und dass die Fangquoten auf der Grundlage der wissenschaftlichen Empfehlungen für die anderen Fischpopulationen in Nord- und Ostsee festgelegt werden.

Die Fischerei hat den größten negativen Einfluss auf die Meeresumwelt, schreibt der Weltbiodiversitätsrat in seinem Bericht 2019. „Die Überfischung zu beenden, ist die einfachste Möglichkeit, den Fischpopulationen zu helfen und sie widerstandsfähiger gegenüber den Folgen des sich ändernden Klimas zu machen“, sagt Ulrich Stöcker, Leiter des Fachbereichs Naturschutz und Biodiversität.

Wir erinnern Julia Klöckner an ihre Verantwortung für eine nachhaltige Fischereipolitik

Gemeinsam mit den europäischen Meeresschutzverbänden in der CFP2020-Initiative setzen wir uns in den EU-Institutionen in Brüssel für eine nachhaltige Fischereipolitik ein. Dort redet auch die deutsche Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner mit – sie unternimmt jedoch fast nichts. Die DUH erinnert sie daher monatlich mit einer virtuellen Postkarte über Twitter an ihre Aufgabe, bis Ende 2019 in der EU ein nachhaltiges Fischereimanagement einzuführen. Die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) der EU verpflichtet die EU-Staaten, alle kommerziell genutzten Fischpopulationen nachhaltig zu bewirtschaften. Doch noch immer sind 41 Prozent der europäischen Fischbestände überfischt. Und trotz der gesetzlich bindenden Regelungen der GFP setzen die Zuständigen in der EU-Bürokratie die Fangquoten regelmäßig höher an, als von der Wissenschaft empfohlen.

Die GFP will auch Rückwürfe stoppen. Bis zum EU-weiten Rückwurfverbot seit 2015 landeten in Europa bis zu 1,7 Millionen Tonnen Fisch nach dem Fang als Abfall im Meer. Das war fast ein Viertel des Fangs. Für das Meeresökosystem sind die Rückwürfe eine Katastrophe und ethisch sind sie nicht zu rechtfertigen. Heute müssen die Fischereiboote alle Fische, für die eine Fangquote gilt, an Land bringen und dokumentieren. So soll ein Anreiz geschaffen werden, dass die Fischereiunternehmen nur die Fische fangen, die sie auch wollen. Und außerdem auf umweltschonendere Fanggeräte umstellen. Das ist bislang kaum geschehen.

Da die Behörden das Rückwurfverbot nicht ausreichend kontrollieren, müssen die Fischer keine Strafen befürchten, wenn sie dagegen verstoßen. „Nur wenn das Rückwurfverbot tatsächlich kontrolliert wird, schafft es Anreize für selektivere Fanggeräte, die den unerwünschten Beifang anderer Arten und kleiner Fische reduzieren“, sagt Dr. Katja Hockun, Projektleiterin Meeresnaturschutz.



»Die Überfischung zu beenden ist die einfachste Möglichkeit, den Fischpopulationen zu helfen und sie widerstandsfähiger zu machen gegenüber den Folgen des sich ändernden Klimas.«

Ulrich Stöcker,
Leiter Naturschutz
und Biodiversität



Klima schützen mit Kreislaufwirtschaft

Verzicht heißt die beste Verpackung – oder wie wir bei der DUH seit Jahren sagen: „Mehrweg ist Klimaschutz“. Wir freuen uns daher über das Verbot von Plastiktüten in Deutschland, über 35 Fußballvereine, die in der Bundesliga-Saison 2019/20 in ihren Stadien Getränke in Mehrwegbechern anbieten und über zehntausende Unterstützerinnen und Unterstützer im Einsatz für Mehrweg und gegen die unsinnigsten Verpackungen



» Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Recycling gehören in die Klimaverhandlungen. Abfall und vor allem die Herstellung kurzlebiger Produkte und ihre häufig unsinnigen Verpackungen tragen erheblich zum Klimawandel bei. «

Thomas Fischer,
Leiter des Bereichs
Kreislaufwirtschaft

Die Boomer stehen am Pranger, das Klima und die Natur mit ihrer Wirtschaftsweise und ihrem Lebensstil zerstört zu haben und nun im Klimawandel nichts zu ändern. Boomer sind alle die Menschen, die zur Baby-Boomer-Generation gehören und zwischen 1955 und 1969 geboren sind. Boomer sind fast überall an den Schaltstellen der Macht in der Mehrheit. 52 Prozent der Abgeordneten aus den regierenden Parteien im Bundestag gehören zu der Generation, Boomer sitzen in Aufsichtsräten, Konzernvorständen, Ministerien, Verwaltungen. Boomer wehren sogar freitags ab, was Kinder und Jugendliche für den Klimaschutz fordern. Doch halt: Auch Boomer haben schon als Kinder, als Jugendliche, ja ihr ganzes Berufsleben für den Schutz von Umwelt, Natur und Klima gekämpft.

Und arbeiten heute in Umweltschutzverbänden wie der DUH. Und weil die DUH beharrlich ihre Themen verfolgt, sich nicht einschüchtern lässt und faktenreich für Natur und Umwelt argumentiert, haben

wir auch Erfolge im Umweltschutz. Jüngstes Beispiel ist das Verbot von Plastiktüten in Deutschland ab 2020, für das wir jahrelang gekämpft haben. Ein Jahr später sind in der EU Einwegbesteck, Plastiktrinkhalme und andere Produkte aus Plastik und Styropor verboten.

„Plastiktüten machen zwar nur einen Bruchteil des deutschen Kunststoffabfallaufkommens aus, aber das kann keine Begründung dafür sein, sich täglich mit diesem unnötigen Einwegprodukt abzufinden. Das Thema Plastiktüte ist auch ein Türöffner, das eigene Einkaufsverhalten kritisch zu hinterfragen“, sagt Thomas Fischer, Leiter des DUH-Bereichs Kreislaufwirtschaft. Einige Handelsunternehmen haben vor dem Verbot noch die ewig alten und falschen Wehklagen vorgebracht. Sie hätten ja schon mit der bisherigen freiwilligen Selbstverpflichtung den Plastiktütenverbrauch gesenkt. Das zeigt vor allem eines: Plastiktüten sind verzichtbar.

Die Menge der Plastiktüten mutet gigantisch an. Zwei Milliarden Kunststofftüten werden jährlich in Deutschland zu Müll. Das bedeutet: Pro Minute werden 3.700 Tüten verbraucht. 40.000 Tonnen Kunststoff sind nötig, um diesen Jahresverbrauch an Tüten herzustellen. Für die Herstellung des Einwegprodukts werden nicht nur fossile Ressourcen vergeudet und das Klima belastet. Die Tüten landen gerade in Städten und touristischen Regionen in der Umwelt. Plastiktüten tragen in erheblichem Maße zur Verschmutzung der Meere bei und sind eine tödliche Gefahr für Fische, Vögel, Schildkröten und andere Meerestiere.

Deutschland reiht sich mit dem Verbot der Plastiktüten nun ein in die bisher 61 Staaten, die ein Verbot schon umgesetzt haben. Darunter sind so unterschiedliche Länder wie Kenia, Costa Rica, China oder Frankreich. „Wichtig ist, dass es keine Ausnahmen für biobasierte und biologisch abbaubare Plastiktüten gibt, denn die sind nicht umweltfreundlicher als fossil basierte Tüten und zersetzen sich in der Umwelt auch nicht viel schneller als normaler Kunststoff“, sagt Fischer. „Begleitend zu einem Tütenverbot sollte der Handel attraktive Mehrwegtragetaschen als Alternative zum Kauf anbieten und deren häufige Wiederverwendung mit Bonuspunkten oder Rabatten fördern. Damit Verbraucher nicht massenhaft auf Einwegpapiertüten wechseln, sollten die mindestens 20 Cent kosten.“ Papiertüten muten zwar umweltfreundlich an, sind es aber nicht. Damit sie ebenso reißfest wie Plastiktüten sind, verbrauchen Papiertüten in der Herstellung besonders viel Energie, Wasser und Chemikalien. Die Nutzungsdauer ist mit 25 Minuten genauso kurz wie die von anderen Gewerftüten.

Der Goldene Geier für die nutzloseste Verpackung geht an Nestlé

Ebenso unsinnig wie die allermeisten Plastiktüten sind ein Großteil der Verpackungen und Umverpackungen. Bananen in Plastikfolie, Zahnpastatuben in Pappschachteln, Wasser in Einwegplastikflaschen. Deutschland ist Europameister beim Anfall von Verpackungsmüll: Mehr als 226 Kilogramm kommen auf jede Einwohnerin und jeden Einwohner im Jahr. Allein der Verpackungsmüll aus Plastik hat sich in den vergangenen 25 Jahren mit 37 Kilogramm pro Einwohner und Jahr verdoppelt. 3,1 Millionen Tonnen Kunststoffverpackungen kamen da im Jahr 2016 zusammen. Im selben Jahr wurden nur rund 49 Prozent der gesammelten Kunststoffverpackungen recycelt. Es wurden also mehr getrennt gesammelte Kunststoffverpackungen verbrannt als stofflich genutzt. Und auch hierzulande landen Verpackungen und

Produkte aus Kunststoff in Wald, Fluss und Meer. Jährlich gelangen in Deutschland rund 116.000 Tonnen Makroplastik aus Verpackungen und Produkten in die Umwelt, schätzt das Fraunhofer Institut.

Wir werden nicht müde, auf diesen Missstand hinzuweisen und haben 2019 einen neuen Sympathie-Botschafter geschaffen: Der Goldene Geier überbringt in Zukunft die Nachricht von der unsinnigsten Verpackung. Keineswegs wollen wir die beeindruckenden Vögel diskreditieren. Geier verwerten natürlichen Abfall und räumen in der Natur auf. Mit dem Goldenen Geier zeichnen wir die unsinnigste Verpackung aus. Unsere Empörung über den Verpackungswahn teilen Tausende Menschen in Deutschland, wie wir bei unserer Online-Abstimmung für den Goldenen Geier gesehen haben. Sechs Produkte waren nominiert, rund 20.000 Verbraucherinnen und Verbraucher stimmten ab:

- In einer Plastikschaale mit Foliendeckel verpackte Melonenstücke – Rewe (19 Prozent der abgegebenen Stimmen)
- Französisches Mineralwasser der Marke Vittel in 0,33l Einweg-Plastikflaschen im 8er Pack mit Folie umwickelt – Nestlé (21 Prozent)
- Gartenkräuter in Plastikschaale im Foliensack – Edeka (10 Prozent)
- Ein einzelnes in Hartplastik verpacktes Kuchenstück – Lidl (13 Prozent)
- Kleine Gummibärenröllchen aus Plastik in einer großen Tüte – Haribo (19 Prozent)
- Finish Maschinenspültabs in einer halbleeren XXL-Hartplastikbox – Reckitt Benckiser (18 Prozent)

Der Goldene Geier 2019 ging an die Nestlé Deutschland GmbH für ein 8er Pack französisches Wasser in 0,33 Liter Einwegplastikflaschen, die mit Schrumpffolie zusammengehalten werden. „Dazu kommen die Transportwege von Frankreich nach Deutschland – das ist ökologischer Wahnsinn“, sagte Barbara Metz, stellvertretende DUH-Bundesgeschäftsführerin, als sie den Preis persönlich in der Nestlé Deutschland Zentrale in Frankfurt am Main an den Geschäftsführer von Nestlé Waters Deutschland übergab.

Kreislaufwirtschaft gehört in die Klimapolitik

Bei den Klimaverhandlungen der Bundesregierung spielten Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Recycling faktisch keine Rolle. Ein großer Fehler, denn Abfall und vor allem die Herstellung immer kurzlebigerer Produkte und ihre häufig unsinnigen Verpackungen tragen erheblich zum Klimawandel bei.



Das Erdöl für Verpackungen aus Kunststoff muss gefördert, transportiert, raffiniert und verarbeitet werden. In jedem Plastikeimer für die Cocktailltomaten, in jeder Folie um die Zeitschrift und in jedem Blister rund um den Handstecker sind wertvolle Ressourcen gebunden. Die Produktion verbraucht Energie, emittiert CO₂ und trägt zum Klimawandel bei.

Die DUH setzt sich auf politischer Ebene dafür ein, dass die wichtigen Prinzipien der Vermeidung, Wiederverwendung und des Recyclings von Wertstoffen berücksichtigt und gefördert werden. Kreislaufwirtschaft gehört ins Klimapaket und ist aktiver Klimaschutz, denn jedes Produkt hat von der Wiege bis zu Bahre Auswirkungen auf die Umwelt und das Klima. Werden sinnlose Produkte nicht hergestellt, dann entfallen die Umweltauswirkungen komplett. Aber auch die Wiederaufbereitung von zum Beispiel Elektroaltgeräten trägt dazu bei, dass keine neuen hergestellt werden müssen. Und am Ende eines Produktlebens lassen sich auch die Materialien aus Verpackungen und Produkten wieder nutzen.

Mehrweg ist die Zukunft! Denn Mehrweg ist Klimaschutz

Gerade im heißen Dürresommer 2019 haben wir uns verstärkt für Getränke in Mehrwegflaschen eingesetzt. Mehrweg trägt entscheidend zum Umwelt- und Klimaschutz bei, vor allem wenn die Flaschen aus Glas hergestellt sind und regional vertrieben werden. Glasflaschen können bis zu 50 Mal wiederbefüllt werden. Pro Jahr könnten in Deutschland 1,35 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden, wenn alle alkoholfrei-

en Getränke ausschließlich in Mehrweg- statt in Einwegflaschen abgefüllt würden. Mehrweg schützt das Klima, schont die Umwelt und vermeidet unnötige Abfälle. Die konsequente Verwendung von Mehrwegflaschen könnte pro Jahr die aufwendige Herstellung von mehr als 16 Milliarden Einwegplastikflaschen und 3 Milliarden Getränkedosen verhindern.

„Mehrweg ist Klimaschutz“ heißt unsere erfolgreiche Kampagne, in der wir uns seit Jahren für Limonaden, Wasser, Saft und Bier in Mehrwegflaschen einsetzen. Und wir machen uns seit langem auch für Mehrwegbecher in allen Lebenslagen stark: Mehrwegbecher für den Kaffee unterwegs, wiederverwendbare Becher in Fußballstadien, auf Großveranstaltungen und Messen, Mehrweggeschirr, Besteck und was sonst den Ex-und-Hopp-Einwegmüll verringert. Einen Mehrweg-Pokal verdienen die 35 Fußballvereine, die in der Bundesliga-Saison 2019/20 in ihren Stadien Getränke in Mehrwegbechern anbieten. In der 1. Bundesliga stieg Borussia Dortmund in die Mehrweg-Liga auf, nachdem Fußballfan und Klimaaktivist Nick Heubeck mit der DUH eine Petition gestartet hatte. Mehr als 100.000 klimaschützende Fußballfans forderten Borussia Dortmund auf, nur noch Mehrwegbecher im Signal-Iduna-Stadion anzubieten. Mit durchschlagendem Erfolg.

Netto muss Einweg und Mehrweg kennzeichnen

Einen klaren Sieg für den Verbraucherschutz haben wir in einem Verfahren gegen die Supermarktkette Netto Marken-Discount AG & Co. KG erreicht. Netto



Glas-Perlflasche der Deutschen Brunnen



muss Einweg- und Mehrweg-Getränkeverpackungen als solche am Verkaufsort in der Nähe zum Produkt und mindestens in der Größe der Preisauszeichnung kennzeichnen. Das entschied das Landgericht Amberg (41 HK O 525/19). Damit wurde zum ersten Mal in Deutschland ein Unternehmen dazu verurteilt, die im Verpackungsgesetz seit dem 1. Januar 2019 gültige Kennzeichnungsverpflichtung für Getränkeverpackungen umzusetzen. Wir sehen darin eine Signalwirkung für alle Discounter, Supermärkte und Händler.

„Das Urteil des Landgerichts Amberg ist ein wichtiger Präzedenzfall, denn es stärkt die Rechte der Verbraucher“, sagt Rechtsanwalt Remo Klinger, der die DUH in dem Verfahren vertrat. „Mit dem Urteil wird klargestellt, dass es sich bei gesetzlichen Hinweispflichten zu Mehrweg und Einweg um eine Marktverhaltensregel handelt und die Verbraucherinformationen, insbesondere vor dem Hintergrund derzeitiger Diskussionen um Nachhaltigkeit, erheblich für die Kaufentscheidung sind.“

Mit dem Bündnis „Mehrweg Allianz“ haben wir starke Partner. Wir bringen in der „Mehrweg Allianz“ mittelständische Brauereien, Abfüller, Getränke-Fachgroß- und Einzelhändler sowie mehrwegorientierte Unternehmen zusammen. Mit ihnen machen wir Druck auf die politischen Entscheiderinnen und Entscheider, damit das Mehrwegsystem in allen Getränkesegmenten ausgeweitet wird. Denn Mehrweg schützt nicht nur Klima und Umwelt, sondern Mehrweg sichert auch rund 140.000 Arbeitsplätze vor allem in ländlichen Regionen und kleineren Städten.

50 Jahre und kein bisschen leer:

Die Glas-Perlflasche der Deutschen Brunnen

Wir unterstützen daher das unternehmerische Engagement für Mehrweg. Zusammen mit der Stiftung Initiative Mehrweg vergeben wir deshalb jährlich den Mehrweg-Innovationspreis, der 2019 an die Hochdorfer Kronenbrauerei aus dem schwäbischen Nagold-Hochdorf für den Einsatz einer hocheffizienten Flaschenreinigungsmaschine ging. Außerdem zeichneten wir den wegweisenden Mehrweg-Getränkehändler Hans-Peter Kastner aus, der Einwegflaschen und Dosen kurzerhand aus seinem Laden verbannte und das Coffee-to-go Mehrwegbechersystem von RECUP. Den Ehrenpreis bekam die Glas-Perlenflasche als erfolgreichste Mehrwegverpackung der Welt. Seit 50 Jahren füllen die Mineralwasserbrunnen der Genossenschaft Deutscher Brunnen in der 0,7 Liter Perlflasche ab – der „Grundpfeiler des umweltfreundlichen deutschen Mehrwegsystems für Getränkeverpackungen“.

Im Dürresommer 2019 haben wir Städte und Gemeinden aufgerufen, ausschließlich Mehrwegfla-

schen in den öffentlichen Einrichtungen anzubieten. Ämter, Schulen und städtische Betriebe können erheblich dazu beitragen, die Plastikmüllflut zu verringern und die gesetzliche Mehrwegquote von 70 Prozent zu erreichen. Das gilt selbstverständlich auch für Ministerien und Behörden von Bund und Ländern. Wenn alle Beamtinnen, Beamten und Angestellte im öffentlichen Dienst ausschließlich Mehrweg nutzen, tragen sie dazu bei, dass die Bundesregierung das Klimaschutzziel erreicht.

Die Städte Hamburg und Bremen zeigen, wie es geht. Mit verbindlichen Vorgaben zur öffentlichen Beschaffung wurde der Einkauf von Einweg-Plastikflaschen verboten. Der Hamburger Senat hat 2016 einen Kriterienkatalog beschlossen, der strenge ökologische Standards für Einkauf und Auftragsvergabe definiert. Hamburger Ämter, Behörden und Einrichtungen dürfen keine Kaffeemaschinen mit Alukapseln, Mineralwasser in Einwegflaschen oder Einweggeschirr einkaufen. In öffentlichen Institutionen der Stadt Bremen ist der Einkauf von Einwegplastikflaschen nicht erlaubt. Das ist nur der Anfang, denn wir machen weiter nach dem Motto „Mehrweg. Mach mit!“

Handys sammeln für die Umwelt

Mit Mehrweg im weiteren Sinn hat auch unsere Kampagne „Handys für die Umwelt“ zu tun, die wir schon seit 2003 mit unterschiedlichen Partnerunternehmen zusammen durchführen. Nun haben wir die Kampagne für die umweltschonende Wiederverwendung von alten Mobiltelefonen überarbeitet und trommeln für die schätzungsweise 120 Millionen Smartphones und Mobiltelefone, die irgendwo in Schubladen dösen. Wir helfen, dass ausrangierte Geräte zu neuem Leben erwachen und zur Wiederverwendung aufbereitet werden. Sind die Geräte nicht mehr nutzbar, dann können die darin enthaltenen wertvollen Rohstoffe wieder zurückgewonnen und genutzt werden.

Mit dem Rücknahmesystem „Mobile-Box“ sammeln wir ausgediente Mobiltelefone, Smartphones und Tablets. Dabei wird eine zertifizierte Datenlöschung garantiert, denn wir bieten auch Unternehmen die Möglichkeit, ihre ausgemusterten Dienstgeräte umweltgerecht zu entsorgen. Die Geräte werden durchgecheckt und für die Weiterbenutzung aufbereitet oder recycelt. Und wir haben noch einen guten Grund für die Umwelt, Handys zu sammeln. Mit dem Erlös unterstützen die Sammlerinnen und Sammler die DUH in ihrem Einsatz für Klimaschutz und all die anderen sinnvollen Projekte für Mensch und Natur.



» Wir fordern ein Recht auf Reparatur. Die Hersteller von Smartphones müssen in die Pflicht genommen werden, Software-Updates und günstige Ersatzteile für die gesamte Lebensdauer der Geräte anzubieten. Ersatzteile wie Akkus und Displays müssen durch den Nutzer einfach ausgetauscht werden können.«

Philipp Sommer,
Stellvertretender
Bereichsleiter für
Kreislaufwirtschaft

Kinder und Natur gehören zusammen wie Baum und Borke

Schulhöfe, Parks und auch die Grünstreifen am Straßenrand sind wichtige Lebensräume für Tiere und Pflanzen. Mit dem Label „Stadtgrün naturnah“ unterstützen wir Städte und Gemeinden darin, die Grünflächen zum Blühen zu bringen. Besonders viel Freude bereitet uns der Wettbewerb „10 grüne Schulhöfe für Thüringen“, den wir 2019 eigentlich schon abgeschlossen hatten. Weil aber viel mehr Schulen in Thüringen tolle Ideen für naturnahe Schulhöfe haben, unterstützen wir 2020 weitere zehn Schulen dabei, ihr Schulgelände artenreich und klimawandelfest als natürlichen Lernort für Kinder anzulegen



» Schulhöfe sind Orte zum Spielen, Ausruhen, Verstecken, Naturerfahren und für den Klimaschutz, zum Lernen, Lachen und Streiten und alles muss dort nebeneinander möglich sein. Und wie es gelingen kann, all diese Vielfalt zusammenzubringen, da unterstützen wir Eltern, Kinder, Lehrkräfte und Schulleitungen im Austausch mit all den anderen Schulen und Experten. «

Astrid Hölzer,
Projektmanagerin
Kommunaler Umweltschutz

Umwelt und Entwicklung, Natur und Bildung sind für uns untrennbar miteinander verbunden. Die DUH engagiert sich daher seit vielen Jahren dafür, dass Kinder einen besseren Zugang zu Natur bekommen und Natur mit allen Sinnen erfahren können. In einem unserer früheren Stadt-Wildnis-Projekte haben wir bereits die Anwohnerinitiativen unterstützt, blühende und ein bisschen wilde Flächen in städtischen Hochhausssiedlungen anzulegen. Da Kinder immer mehr Zeit in der Schule verbringen, unterstützen wir vor allem Schulen darin, die Natur ins Klassenzimmer zu holen. Oder umgekehrt: die Klassenzimmer in die Natur auf dem Schulhof zu verlegen.

In mehreren Bundesländern von Berlin bis Nordrhein-Westfalen haben wir Schulen dabei unterstützt, ihre Schulhöfe zu natürlichen Lern- und Spielorten umzubauen. Unsere Ideen und unsere Arbeitsweise haben die Thüringer Umweltministerin Anja Siegesmund (Bündnis 90/Die Grünen) überzeugt. Gemeinsam haben wir den Wettbewerb „10 grüne Schulhöfe für Thüringen“ ausgerufen. 66 Schulen haben sich für die zwei Kategorien Umsetzungsschule und Planungsschule beworben. Vier von ihnen hat die Jury als Umsetzungsschule mit je 30.000 Euro gefördert. Sechs Schulen erhalten je 5.000 Euro für ihre Planungszeit. Wir beraten sie und unterstützen sie beim partizipativen Planen, Pflanzen und Bauen mit einer Schulhofkonferenz und Workshops. Die Staatliche Regelschule „J.W. Heimbürge“ in Kahla hat ihre Pläne schon weitgehend umgesetzt. Dort haben wir im November unsere Abschlusstagung veranstaltet, auf der die Schulen von ihren Erfahrungen berichtet haben, aber auch Erziehungswissenschaftler wie Dr. Andreas Raith von der Universität Erfurt über die Bedeutung von Natur für Kinder sprachen. Und auch Umweltministerin Siegesmund ist gekommen (siehe Foto): Sie wollte die Schulen persönlich für ihr Engagement auszeichnen.

Lehrerinnen und Leiter, Kinder und Eltern planen gemeinsam den grünen Schulhof

Beeindruckt hat uns die Känguru Schule in Altenburg. Kinder, Lehrer und Eltern haben in einer viertägigen Zukunftswerkstatt überlegt, verworfen und ihre Pläne entwickelt. Und sie haben sich Schulen angeschaut, die ihr Gelände schon naturnah umbauen. Da einst Eltern die freie Känguru Schule gegründet haben, sind sie es gewohnt, mit anzupacken und die Schule selbst zu gestalten. Die Eltern haben also viel Öffentlichkeitsarbeit für ihre Baupläne gemacht und Geld gesammelt.



Die partizipative Planung gehört mit zu den Kriterien der Ausschreibung. Lehrkräfte, Eltern und die Schülerinnen und Schüler entscheiden gemeinsam, wo sie Bäume pflanzen und einen Tümpel anlegen, wo das Klettergerüst aus Holz und die anderen Spielgeräte hinkommen und wo sie einen Kräutergarten und die Johannisbeer-Sträucher anpflanzen. 2019 hatten so viele Schulen tolle Ideen für einen naturnahen Schulhof, dass Thüringen 2020/2021 nochmal vier Schulen bei der Umsetzung und sechs Schulen bei der Planung fördert. Die Ausschreibungskriterien haben wir um die Schwerpunkte Klimawandel und Anpassung an den Klimawandel, Bodenschutz und Artenvielfalt erweitert. Wir freuen uns, dass wir die Thüringer Schulen in Workshops begleiten, mit ihnen ein Netzwerk der „alten“ und „neuen“ Schulen aufbauen.



Die Natur lebt in der Stadt auf – das Label „Stadtgrün naturnah“

Schulhöfe, Grünflächen zwischen Siedlungen, Parks sind wichtige Lebensräume für Tiere und Pflanzen. In der Agrarlandschaft schrumpft die Lebenschance für Wildbienen, Feldlerchen, Grasfrosch, Igel und ihre Verwandten. Die Artenvielfalt bei Kräutern, Gräsern, Insekten, Vögeln, Säugetieren werden nur erhalten bleiben, wenn Menschen ihnen auch in den Städten einen Lebensraum einräumen. Und für Menschen sind Städte ja viel lebenswerter, wenn sie blühen und grünen und Bäume an heißen Sommertagen Schatten spenden. Die natürliche Kühle wird im Klimawandel besonders wichtig, denn die heißen Zeiten nehmen zu. Ebenso wie starke Regenfälle. Naturnahe Flächen können Wasser besser aufnehmen. Die Mehrheit der Menschen lebt in Städten, und Natur macht das angenehmer.

Die DUH arbeitet daher seit vielen Jahren mit Städten und Gemeinden zusammen. Wir beraten und begleiten die Verantwortlichen der Kommunen dabei, die Parks und Grünflächen naturnah zu gestalten. Ge-

meinsam mit dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ haben wir das Label „Stadtgrün naturnah“ entwickelt. Das Projekt setzen wir zusammen mit den Städten Frankfurt/Main, Hannover, Neu-Anspach, Kirchhain und Wernigerode um, die als erste zertifiziert wurden. Gefördert wird das Programm im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

Städte und Gemeinden können sich für das Label „Stadtgrün naturnah“ bewerben. In einem einjährigen Zertifizierungsprozess begleiten wir die Verantwortlichen in den Verwaltungen. Die Kommunen bekommen das Label „Stadtgrün naturnah“, wenn sie ihr Grünflächenmanagement naturnah gestalten, also Wiesen artenreich anlegen und weniger oft mähen. „Extensiv bewirtschaften“ heißt das bei den Fachleuten. Naturnahe Städte und Gemeinden lassen Straßenränder erblühen, bepflanzen Mittelstreifen mit heimischen Blütenpflanzen, setzen hiesige Stauden, Büsche und Bäume. Nach einer einjährigen Zertifizierung erhalten die Kommunen das Label „Stadtgrün naturnah“ für drei Jahre und können sich dann einfach noch einmal bewerben. 34 Städte waren bis Ende 2019 noch in der Zertifizierungsphase. Mehr über das Label „Stadtgrün naturnah“ finden Sie unter: www.stadtgruen-naturnah.de

„Den Umbau der Stadtnatur sehen die Bürgerinnen und Bürger oft schon im ersten Jahr, wenn die Grünstreifen erblühen. Dann bewegt sich richtig was für die Natur – wir bemerken bei vielen, die mitmachen, wie sich ihre Einstellung dazu positiv ändert“, sagt Markus Zipf, Leiter Kommunalen Umweltschutz der DUH.

Die Städte werden im Zuge des Zertifizierungsprozesses nicht nur grüner. Man könnte sagen: Sie werden auch menschlicher, denn nun arbeiten die Leute vom Grünflächenamt mit den Menschen im Bauhof zusammen, die Umweltverwaltung lernt die Mitarbeitenden der Friedhofsverwaltung kennen. Vor allem in größeren Städten wissen die Menschen in den unterschiedlichen Verwaltungen oft nicht, wer was woanders macht und welche Daten vorhanden sind. Das Stadtgrün-Label vernetzt die Menschen in den Verwaltungen, die einen Bezug zu Umwelt haben.

Die DUH berät mit ihren Partnerinnen und Partnern im Verbund für das Label „Stadtgrün naturnah“ die Kommunen. Wir unterstützen sie vor allem in der Öffentlichkeitsarbeit mit Flyern, formulierten Pressemitteilungen oder Social Media-Posts und mit Schildern, die Bürgerinnen und Bürgern die neuen Blühflächen erklären. Wir erklären Menschen sehr gern die Natur. Eigentlich hoffen wir jedoch, dass blühende und grüne Städte bald so normal sind, dass wir nichts mehr erklären müssen.



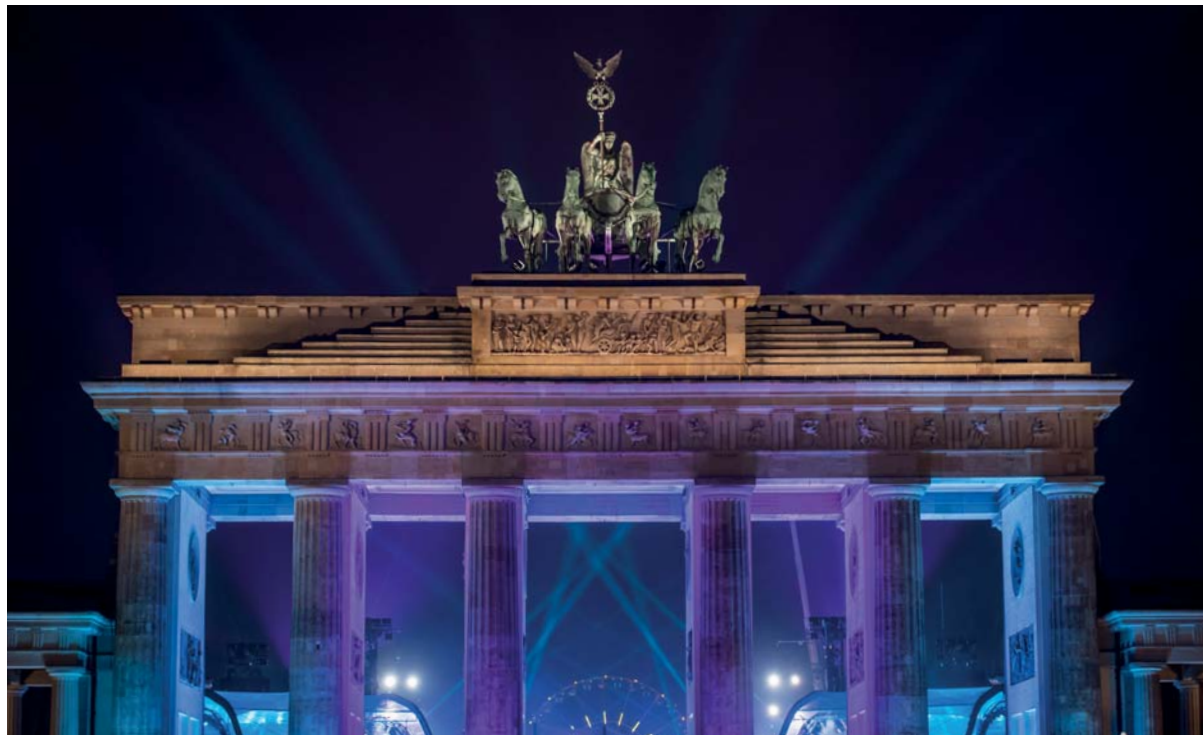
» Den Umbau für mehr Stadtnatur sehen die Bürgerinnen und Bürger oft schon im ersten Jahr, wenn die Grünstreifen erblühen. Dann bewegt sich richtig was für die Natur – wir bemerken bei vielen, die mitmachen, wie sich ihre Einstellung dazu positiv ändert. «

Markus Zipf, Leiter
Kommunalen Umweltschutz



»Gesunde Luft ist so existentiell wie sauberes Trinkwasser – deswegen kämpfen wir mit allen politischen und juristischen Mitteln dafür, das „Recht auf saubere Luft“ durchzusetzen.«

Dorothee Saar, Leiterin
Verkehr und Luftreinhaltung



Wir sorgen für saubere Luft

„Atmen statt Böllern“ heißt unsere Devise, denn Silvesterkracher verschmutzen die Luft mit Rekordmengen an gesundheitsschädlichem Feinstaub. Allein in 98 Städten liegt der Jahresmittelwert über den gesundheitlich empfohlenen Höchstwerten der Weltgesundheitsorganisation. Und auch Holzöfen verschmutzen die Luft und belasten das Klima über ein tolerierbares Maß hinaus. Wir haben deswegen den Blauen Engel für emissionsarme Kaminöfen auf den Weg gebracht

Saubere Luft ist eines der Kernthemen der DUH. Denn gesunde Atemluft ist so existentiell wie sauberes Trinkwasser. Wir finden es unerträglich, dass jährlich in Deutschland 59.600 Menschen wegen zu viel Feinstaub in der Luft vorzeitig sterben, wie die Europäische Umweltagentur im Oktober 2019 bekannt gab. Mit allen umweltpolitischen Mitteln eines Umwelt- und Verbraucherschutzverbands kämpfen wir daher für die Durchsetzung des geltenden Rechts.

Vor Gerichten streiten wir durch alle Instanzen, damit die Bundesregierung, die Bundesländer und die Städte Luftreinhaltemaßnahmen umsetzen und die Grenzwerte für Schadstoffe wie Stickstoffdioxid oder Feinstaub eingehalten werden. Schon 2007 haben wir das „Recht auf saubere Luft“ vor dem Europäischen Gerichtshof eingeklagt. Seitdem kämpfen wir dafür, dass die deutschen Behörden das Grundrecht aller Menschen auf gesunde Luft umsetzen. Tausende Förderinnen und Förderer unterstützen uns dabei,

ebenso die Nichtregierungsorganisation Client Earth. Zudem fördert die EU-Kommission uns im Rahmen mehrerer EU LIFE-Programme wie unser Projekt Right to Clean Air. Unsere Taktik für die Saubere Luft besteht aus dem Dreiklang Grenzwertüberschreitungen messen und Missstände aufdecken – Öffentlichkeit und Politik aufklären – Lösungen anbieten.

Wir klagen für saubere Luft – und viele Städte greifen die Chance für eine Verkehrswende auf

Die Deutsche Umwelthilfe hat in mittlerweile 39 Städten den Rechtsweg gewählt, um wirksame, gesetzeskonforme Luftreinhaltepläne einzuklagen. In 13 Städten haben Gerichte bereits bestätigt, dass die Stadtverwaltungen bzw. Landesbehörden den Luftreinhalteplan erneuern müssen. In erster Linie geht es dabei um das Abgasgift Stickstoffdioxid (NO₂) aus Dieselmotoren. Der Grenzwert liegt bei 40 µg/m³

und sehr viele Städte überschreiten ihn erheblich. Zum Beispiel München: Bereits 2014 haben wir per Gerichtsbeschluss erwirkt, dass München alles Erdenkliche unternehmen muss, damit die Luftqualitäts-Grenzwerte eingehalten werden. Die politisch Verantwortlichen bis hinauf zu Ministerpräsident Markus Söder unternehmen jedoch nichts. Seit Sommer 2019 beschäftigt sich damit der Europäische Gerichtshof: Er muss auf Wunsch des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs klären, wie rechtskräftige Urteile gegenüber einer Landesregierung durchgesetzt werden können, die sechs Mal eingeleitete Zwangsvollstreckungen ignoriert. Die Frage lautet: Können Ministerpräsident oder Behördenleiter mit Zwangshaft zur Einhaltung von Recht und Gesetz gezwungen werden?

Wir bringen den Blauen Engel für Kaminöfen auf den Weg

In unserem zweiten EU LIFE-Projekt Clean Heat klären wir darüber auf, dass das Heizen mit Holz mittlerweile mehr Feinstaub verursacht als die Abgase aus den Motoren von Pkw, Lkw und Bussen zusammen. Besonders schlecht für die Luft, die Gesundheit und für die Umwelt sind die rund elf Millionen Kaminöfen in Deutschland. Sie produzieren nicht nur Feinstaub, sondern auch erhebliche Mengen Ruß. Ruß schädigt nachweislich das Klima. Untersuchungen zeigen, dass Kaminöfen eine ähnlich schlechte Klimabilanz wie Gasheizungen haben können. In der unmittelbaren Umgebung von Kaminen belasten die winzigen Teilchen aus der Verbrennung die Atemluft. 80 bis 90 Prozent der Partikel aus Holzöfen und -kesseln haben eine Größe von unter einem Mikrometer – ein großer Teil sogar unter 0,1 Mikrometer. Diese Partikel sind gesundheitlich besonders relevant, weil sie sehr tief in den Körper eindringen. Die winzigen Partikel werden jedoch bei der Typprüfung nicht gesondert erfasst: Denn es gibt für Holzfeuerungsanlagen – im Gegensatz zum Fahrzeugbereich – noch keinen Partikelanzahl-grenzwert und kein verpflichtendes Messverfahren, um diese ultrafeinen Partikel zu messen.

Damit die Industrie angeregt wird, emissionsärmere Kaminöfen mit standardmäßigen Filtern zu entwickeln, hat die DUH eine Initiative zur Entwicklung eines neuen Blauen Engels für Kaminöfen gestartet. In belasteten Gebieten sollen die Anforderungen des Blauen Engels als ein Mindestkriterium für den Betrieb von Öfen gelten. Im Dezember 2019 wollte die Jury Umweltzeichen über die Vergabekriterien des Blauen Engels entscheiden. Die Jury-Vorlage der Vergabekriterien wurde bei der Expertenanhörung des Umweltbundesamtes im September 2019 unter Beteiligung der DUH erarbeitet. Das Land Berlin hat in seinem

neuen Luftreinhalteplan bereits angekündigt, den Blauen Engel als Mindestkriterium für Öfen zu nutzen, um so die strengen Zielwerte der Weltgesundheitsorganisation für die Luftqualität zu erreichen.

Saubere Lightshow statt antiquiertes Schwarzpulver

Ein besonderes Anliegen ist uns, dass die unnötigen Luftverschmutzungen an Silvester aufhören. Nach den Feuerwerken belasten Rekord-Feinstaubwerte von 1000 µg PM10/m³ deutsche Städte an jedem 1. Januar. Sie vermiesen Menschen mit Atemwegserkrankungen den freudigen Start ins Neue Jahr und schädigen die Gesundheit von allen. Zudem werden durch das Abbrennen von Schwarzpulver-Feuerwerken jedes Jahr Menschen verletzt, Wohnungen geraten in Brand, die Straßen vermüllen und unzählige Wild- und Haustiere werden gestresst.

Die DUH hat daher in 98 Städten einen Antrag auf Böller-Verbot gestellt. Die innerstädtische Luft in diesen Städten ist mit gesundheitsschädlichen Partikelkonzentrationen von mindestens 20 µg/m³ Feinstaub (PM10) im Jahresmittel belastet. Die Weltgesundheitsorganisation WHO empfiehlt, diesen Wert nicht zu überschreiten. Die Berliner Anwaltskanzlei Geulen & Klinger hat für uns in einem Rechtsgutachten die formalen Möglichkeiten für Verbotsregelungen aufgezeigt. Das Gutachten stellt die DUH allen Städten zur Verfügung.

„Unsere Taktik für die Saubere Luft besteht aus dem Dreiklang Grenzwertüberschreitungen messen und Missstände aufdecken – Öffentlichkeit und Politik aufklären – Lösungen anbieten.“

Da auch wir gern feiern, haben wir uns die Lichtshows von Lichtkünstler Andreas Juergens von der Firma ACLS Laser angeschaut und empfehlen allen Städten, auf Alternativen wie diese zu setzen. Juergens hat eine Lasershow für die Silvesternacht 2018 in Landshut entworfen und durchgeführt. „Landshut hat damit Pionierarbeit geleistet – das Feedback war überaus positiv“, sagt Juergens. Und mit Andrea Glomba haben wir in einer Petition auf change.org mehr als 100.000 Unterstützer für die Forderung nach einem „Ende der privaten Böllerei“ gewonnen. Andrea Glomba sagt klar: „Es wird Zeit für zeitgemäße und sichere Alternativen.“



» Die winzigkleinen Partikel aus der Holzfeuerung sind gesundheitlich besonders relevant, weil sie sehr tief in den Körper eindringen. In belasteten Gebieten muss daher wirksame Abgasreinigung zur Pflicht gemacht werden. Der vorgesehene Blaue Engel für Kaminöfen ist hierfür ein sinnvoller Mindeststandard. «

Patrick Huth, Projektmanager Verkehr und Luftreinhaltung



Heimisches Saatgut gegen den Klimawandel

Papaya und Süßkartoffeln in Kenia, Rote Bete und Kohl in der Mongolei: Der Hand in Hand-Fonds von Rapunzel Naturkost und DUH unterstützt die Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika in ihren Projekten für eine ökologische und soziale Entwicklung



»Bio-Landwirtschaft und regionales Saatgut tragen zur globalen Ernährungssicherheit bei. Dies fördert der Hand in Hand-Fonds in lokalen Projekten. Denn jedes noch so kleine Handeln kann Großes bewirken.«

Leonard Wilhelm,
Geschäftsführer
Rapunzel Naturkost

Beindruckt von den Früchten des Ökolandbau-Zentrums OTEPIC in der Region Kitale in Kenia kam DUH-Projektleiterin Erika Blank nach Deutschland zurück. Zwei Tage lang hatte sie mit dem kenianischen Projektpartner Philip Munyasia die Gärten, das Umweltzentrum und eine Permakultur-Schule von OTEPIC (Organic Technologies Extension and Promotion of Initiative Centre) besucht. Erika Blank kannte die OTEPIC-Projekte für die Wiederaufforstung rund um Kitale und eine Saatgutbank bislang nur aus der deutschen Ferne, da der Hand in Hand-Fonds von DUH und Rapunzel Naturkost sie unterstützt. Unter den Schatten spendenden Bäumen bauen die Schülerinnen und Schüler Gemüse an. „Als wir dort waren, hatten die Kinder Ferien und trockneten geerntete Maiskolben in den Klassenzimmern“, erzählt Blank.

Überrascht hat sie der fruchtbare Sabwani Garden, den Philip Munyasia fünf Jahre zuvor nach der Permakultur-Methode angelegt hatte. Er baut Kochbananen, Papaya, Artischocken, Kürbis, Bohnen, Süßkartoffeln an und trocknet deren Samen. Die ortsansässigen Bauern und Bäuerinnen kaufen das Saatgut, das nicht nur trockenheitsresistenter, sondern auch weniger anfällig für Schädlinge ist.

Die DUH und Rapunzel Naturkost unterstützen mit dem Hand in Hand-Fonds seit 1998 öko-soziale Projekte in Afrika, Mittel- und Südamerika und Asien. Den Löwenanteil des Fonds bringt Rapunzel ein. Das Unternehmen zahlt ein Prozent des Einkaufswertes

der Rohwaren, die in die Produkte des firmeneigenen Fairhandels-Programms Hand in Hand fließen, in den Fonds ein. Ergänzt wird er durch Spenden an die Deutsche Umwelthilfe oder Sonderaktionen der beiden Partner. 2019 flossen aus dem Fonds 187.600 Euro an 37 Projekte, zu denen neben OTEPIC in Kenia auch eine Gemüse-Plantage in der Mongolei und die Ausrüstung von Rangern in einem Nationalpark in El Salvador gehörten.

Der San Diego y San Felipe las Barras-Nationalpark gehört zum trinationalen UNESCO-Biosphärenreservat von El Salvador, Honduras und Guatemala. Im 1.900 Hektar großen Park liegen ein seltener tropischer Trockenwald und der Guija-See – zwei bedrohte, ökologisch wertvolle Naturräume. Mit Geld aus dem Hand in Hand-Fonds wurden die sechs Ranger des Parks mit Ferngläsern und anderer Ausrüstung ausgestattet, damit sie den Park besser vor illegalen Rodungen, Beweidung mit Rindern und Siedlungsbau schützen können.

In der Mongolei unterstützt der Hand in Hand-Fonds eine von der Provinzregierung mitfinanzierte Gemüseplantage im Gobi-Altai-Aimag. Fünf Lehrwerkstätten wurden aufgebaut, eine Sanddornplantage und eine Anbaufläche für dort heimische Gemüsesorten wie Kohl, Rüben, Karotten, Rote Bete, Sellerie angelegt. Vor allem junge Menschen sollen dort einen Arbeitsplatz finden und damit in Zeiten von Landflucht eine echte Zukunft in der Region erhalten.



Das schlaue Rathaus spart Energie

Digitale Technik und Programme helfen Städten und Gemeinden ihre Klimaschutzziele zu erreichen. Die DUH unterstützt sie bei der Digitalisierung für den Klimaschutz

Die DUH begleitet kleinere Städte und Gemeinden in die digitale und klimafreundliche Zukunft. Unser Fokus liegt auf den 117.000 Gebäuden, die Kommunen verwalten. Mit energieeffizienten Rechnern und schlauer Gebäudetechnik können Rathäuser, Verwaltungen, Schulen und andere öffentliche Gebäude eine Menge Energie sparen. Weniger Strom und Heizenergie verursachen weniger CO₂-Emissionen und so unterstützt die Digitalisierung die Gemeinden dabei, klimafreundlicher oder klimaneutral zu werden.

Die Gemeinde Borkum will bis 2030 „emissionsfreie Nordseeinsel“ werden. Gut geeignet für schlaupere Technik ist das Nordseeheilbad, das nur ein paar Monate in der Feriensaison geöffnet hat. Bis zu 20.000 Touristen leben in den Sommermonaten mit den 5.205 Einheimischen auf der Insel. Ein großer Teil der Infrastruktur wird also nur wenige Monate im Jahr benutzt. Ob das Wasser tropft, Lampen unnötig eingeschaltet sind, können Computer und Technik in der nutzungsfreien Zeit feststellen – wenn kein Mensch in den Gebäuden unterwegs ist.

Da auch das 110 Jahre alte Borkumer Rathaus, die Schule und die Kita Kinnertune nur wenig, alte Technik im Haus haben, lassen sich mit moderner Technik schnell Erfolge für den Umwelt- und Klimaschutz erreichen. Im Lehrerzimmer der Insel-Grundschule wird ausprobiert, was in vielen Gebäuden der Stadt Realität werden soll. Wenn jemand das Fenster öffnet, geht die Heizung aus. Und das Licht geht nur an, wenn ein Mensch im Zimmer ist. Das hat

am Anfang nicht funktioniert, denn der Raum ist hoch und der Präsenzmelder unter der Decke erkennt kleine Bewegungen von dort oben nicht.

Genau solche Erfahrungen suchen Steffen Holzmann, DUH-Projektleiter Digitalisierung, und Simon Mößinger, Projektmanager Kommunalen Umweltschutz der DUH. Sie leiten das Projekt „Smart Rathaus“ und begleiten fünf Modellkommunen von Borkum bis Böblingen beim klimafreundlichen Umbau ihrer Gebäude. Dozenten und Studierende der Hochschule Biberach unterstützen die DUH dabei. Gemeinsam haben die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Holzmann und Mößinger eine Checkliste in Excel-Format entwickelt, mit der Gemeindemitarbeiter die Gebäude durchchecken können. Sie geben die Daten zu Energieverbrauch und Automatisierungstechnik in die Liste, erfahren welche Energieeffizienzklasse von A bis D sie haben und was sie machen müssen, um sich zu verbessern.

Mit den Erfahrungen in den Modellkommunen wollen wir Städte und Gemeinden bei ihrem digitalen Umbau und der Automatisierung in der Gebäudetechnik unterstützen. 2020 wird es dazu eine Reihe von Workshops für Kommunen und kommunale Betriebe in ganz Deutschland geben. Weitere Informationen zu den fünf Modellkommunen finden Sie unter www.duh.de/smartrathaus. Unterstützt wird unser Projekt im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.



» Wenn Menschen ihre Verhaltensweisen ändern, können sie 30 Prozent der Energie in Gebäuden einsparen – leider fallen die meisten nach kurzer Zeit wieder in ihre alten Muster zurück und lassen das Licht brennen und die Heizung am Wochenende im Büro aufgedreht. Ein Computer ist nicht zu faul und vergisst auch nicht, das Licht auszuschalten.«

Steffen Holzmann,
Projektleiter Digitalisierung



Gemeinsam wirksam!

Egal, ob über Facebook, Twitter, Instagram, über Petitionen oder über Protestmail-Aktionen – gemeinsam mit vielen, vielen tausend Menschen haben wir Druck gemacht: gegen Palmöl im Tank, für Saubere Luft in unseren Städten, gegen Trumps Frackinggas und LNG-Terminals in Deutschland, für den Schutz unserer Insekten und vieles mehr. Ein ganz herzliches Dankeschön an alle, die uns dabei unterstützt haben!





»Wir brennen für unsere Arbeit«



Ilka Brecht, Redaktionsleiterin von Frontal 21, bringt auf den Punkt, was die Preisträgerinnen und Preisträger des UmweltMedienpreis 2019 auszeichnet: Leidenschaft für den Journalismus. Die DUH ehrt Journalistinnen und Journalisten für herausragende Leistungen und die wirkungsvolle Präsentation von Natur- und Umweltthemen und vergibt den 24. UmweltMedienpreis

Kategorie Print

Beharrlich, im besten Sinne neugierig und unbestechlich fragt taz-Journalist **Malte Kreutzfeldt** nach, wenn er mehr Details und Fakten zu seinem Fachgebiet der Energiewende wissen will. Im Februar 2019 deckte er unter dem Titel „Lungenarzt mit Rechen-schwäche“ in der taz auf, dass ein durch die Medien tourender und für politischen Wirbel sorgender Lungenarzt die Stickoxidsmengen in Tabakrauch und Dieselaabgasen verkehrt angab. Kreutzfeldt hat mit seinem Artikel die Fake-News entlarvt und eine hochpolitische Diskussion über die Gefahren von Stickoxid-Grenzwertüberschreitungen vorangebracht. „Die Jury vergibt mit großer Freude den UmweltMedienpreis 2019 in der Kategorie Print an Malte Kreutzfeldt“, beglückwünscht ihn Dr. Gerd Rosenkranz in seiner Laudatio.

Kategorie Hörfunk

„Der Preis ist Wertschätzung meiner Arbeit und eine Ermutigung für mich“, sagte **Frauke Reyer**, als sie den UmweltMedienpreis 2019 in der Kategorie Hörfunk entgegennahm. Frauke Reyer ist freie Autorin beim WDR

und Kinderradiokanal KiRaKa des WDR. Sie erklärt Kindern den Klimawandel, zeigt ihnen die Folgen von Ressourcenverschwendung und Müllbergen und hört den Kindern zu, welche Ideen sie für ein Leben ohne Plastik haben. Frauke Reyer bringt seit 2006 Umweltthemen ins Kinderradio und hat damit zur Bewusstseinsbildung für Natur und Klima bei Kindern beigetragen. Ihre Sendungen sind so spannend, dass auch Prof. Dr. Uwe Schneidewind seit Jahren zuhört, wie er in seiner Laudatio gestand.

Kategorie Fernsehen

Für die investigative Frontal 21-Reportage „Retouren für den Müll – Schrottplatz Amazon“ erhalten das Team **Birte Meier, Astrid Randerath und Christian Esser** mit Redaktionsleiterin **Ilka Brecht** den UmweltMedienpreis 2019 in der Kategorie Fernsehen. Sie decken auf, dass der Versandhändler Amazon die von Kunden zurückgeschickte Ware verschrottet und damit fabrikneue Produkte zu Müll macht. „Amazon ist keine Firma, sondern ein Wirtschaftsmodell“, sagte Laudatorin Renate Künast, ehemalige Verbraucherschutzmi-

nisterin und Bundestagsabgeordnete der Grünen. Eine politische Diskussion darüber hat das **ZDF-Politmagazin Frontal 21** angestoßen.

Kategorie Online

Für das Video „Jetzt reicht’s – die Zerstörung der CDU“ erhält **Rezo** den UmweltMedienpreis in der Kategorie Online. „Ein kleines Meisterwerk“ nannte Markus Beckedahl, Chefredakteur von netzpolitik.org, den Rant in seiner Laudatio. Rezo arbeitet sich darin nicht nur sachkundig an der Klimapolitik der CDU ab, sondern bringt das hochkomplexe Thema einem zuvor unerreichten Millionenpublikum auf Youtube nahe.

Der Publikumspreis

Der Publikumspreis 2019 geht an **Inga Kälber**, die das online-Magazin zero-waste-deutschland gegründet hat. Schauspielerinnen Marion Kracht stellte die Siegerin vor, die „inspirieren statt missionieren wolle“. Inga Kälber schreibt über ein Leben ohne Abfall und gibt den Lesern Tipps für alle Lebenslagen, wie sie Müll reduzieren oder komplett darauf verzichten können. Nachahmenswert!

Stabile Finanzen für langfristigen Erfolg

Die Deutsche Umwelthilfe verzeichnet auch in finanzieller Hinsicht eine positive und stabile Entwicklung. Es gelang auch im Jahr 2018, einen Finanzierungsmix zu realisieren, der die Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit der DUH sichert. Die Mittel setzen sich zusammen aus Projektgeldern von öffentlichen Stellen wie Europäische Union und Bundesregierung, aus Spenden und Förderungen von Privatmenschen, Stiftungen und Unternehmen. Den ordentlichen Umgang mit dem Geld bestätigt uns das DZI-Spendensiegel. Und weil wir hohe Maßstäbe an uns legen, veröffentlichen wir Finanzen und rechtliche Verhältnisse nach den Regeln der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Da zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Jahresberichts das Jahr 2019 noch nicht abgeschlossen war, finden Sie hier die Zahlen des Jahres 2018.

■ Um ihre Aufgaben im Umwelt- und Verbraucherschutz zu erfüllen, benötigt die Deutsche Umwelthilfe e.V. Jahr für Jahr verlässliche Finanzmittel. Ein wachsender Anteil davon stammt von zahlreichen Privatpersonen, die als Förderer und Spender die DUH tragen. Hinzu kommen öffentliche und gesellschaftliche Institutionen sowie einige Unternehmen, die verschiedene Projekte der DUH unterstützen. Außerdem erzielt die DUH Einnahmen aus der ökologischen Marktüberwachung, die dazu beitragen, unsere zahlreichen Aktivitäten zur Information der Verbraucher möglich zu machen.

Besonders wichtig ist es uns, die Unabhängigkeit unseres Handelns gegenüber privaten wie staatlichen Geldgebern zu sichern und damit auch die Grundlagen der Gemeinnützigkeit zu bewahren. Wir legen großen Wert auf eine gesunde Mischung von Finanzmitteln. So gleichen wir Schwankungen aus und verhindern, von einzelnen Geldgebern abhängig zu werden. Förderungen, die mit dem Versuch staatlicher oder privater Einflussnahme einhergehen, lehnen wir grundsätzlich ab.

Transparenz und Datenschutz

Die Deutsche Umwelthilfe legt als zivilgesellschaftlicher Akteur hohe Maßstäbe an Politik und Unternehmen und ebenso an ihr eigenes Handeln. Dies gilt auch im Hinblick auf die Finanzen. Deshalb lassen

wir uns an den Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) messen und tragen seit einigen Jahren das DZI-Spendensiegel. Dieses Siegel bestätigt den seriösen Umgang mit den uns anvertrauten Geldern. Zudem ist die DUH im Jahr 2017 der Initiative Transparente Zivilgesellschaft beigetreten. Wir verpflichten uns damit, auf der DUH-Website jederzeit zentrale Informationen zur Transparenz über die rechtlichen Verhältnisse, die verantwortlichen Personen und die Finanzen der DUH bereitzustellen. Im Zuge der Umsetzung der DSGVO haben wir unsere Datenschutzregeln grundlegend erneuert und erweitert (www.duh.de/datenschutz/). Um Korruption und Vetternwirtschaft vorzubeugen, haben wir uns verbindliche interne Regeln u.a. für Auftragsvergaben und Finanzanlagen gegeben.

Umwelt und Verbraucher gewinnen

Es steckt eine Menge Verbraucherschutz in den vielfältigen Projekten der Deutschen Umwelthilfe. Denn Umwelt- und Naturschutz sowie der Schutz der Interessen der Verbraucher haben vieles gemeinsam: Was schlecht für Natur und Umwelt ist, schadet – direkt oder indirekt – auch den Menschen, häufig auch in ihrer Rolle als Verbraucher. Nur eines von vielen Beispielen ist die Überdüngung der Agrarlandschaft, die das Artensterben beschleunigt und zugleich die Qualität des Trinkwassers bedroht. Ähnlich ist es beim Thema Klimaschutz – Mensch und Natur sitzen in einem Boot.

Verbraucherschutz und Verbraucherinformation spielen folglich in den Projekten der DUH eine erhebliche Rolle. Wie groß der Anteil ist, zeigt nebenstehende Übersicht. Das Ergebnis: Fast die Hälfte der Mittel, die die Deutsche Umwelthilfe e.V. für ihre Projekte ausgibt, dienen auch dem Verbraucherschutz.

Die Deutsche Umwelthilfe ist ein Umwelt- und Naturschutzverband und zugleich ein anerkannter, klageberechtigter Verbraucherschutzverband. Das Bundesamt für Justiz prüft in regelmäßigen Abständen, ob die DUH weiterhin die Voraussetzungen erfüllt, um als klageberechtigter Verband auch vor Gericht die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu vertreten. Das schafft die Voraussetzung für die DUH, Unternehmen daraufhin zu kontrollieren, ob



sie die Regeln der Energieverbrauchskennzeichnung beachten und damit wichtige Verbraucherinformationsrechte wahren. Verstöße gegen diese Vorschriften kann die DUH rechtlich verfolgen. Über die knapp kalkulierten Abmahngebühren sowie Konventionalstrafen kann die DUH diese ökologische Marktüberwachung finanzieren. Die Einnahmen daraus machen zusammen 21 Prozent des DUH-Haushalts aus. Eventuelle Überschüsse fließen in Verbraucherinformation und -beratung.

Einnahmen – Privatspenden nehmen zu

Im Jahr 2018 haben wir ein Haushaltsvolumen von etwa 10,7 Millionen Euro erreicht. Die wichtigste Finanzierungsquelle unserer Projektarbeit sind die Zuschüsse. Sie kommen von öffentlichen Institutionen (Bund, Länder, Europäische Union) sowie

von verschiedenen Stiftungen, zusammen machen sie 35 Prozent unserer Einnahmen aus. Der Anteil öffentlicher Förderungen liegt bei etwa 31 Prozent. Spenden von Institutionen und Unternehmen sowie Sponsorings steuerten zusammen 15 Prozent zum DUH-Haushalt bei. Ihr Anteil ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Von Jahr zu Jahr wichtiger werden dagegen die Privatspenden und Fördermitgliedsbeiträge. Sie erreichten zusammen 24 Prozent der Gesamteinnahmen. Im Ergebnis haben weder staatliche Stellen noch Unternehmen einen dominierenden Anteil an der Finanzierung der DUH.

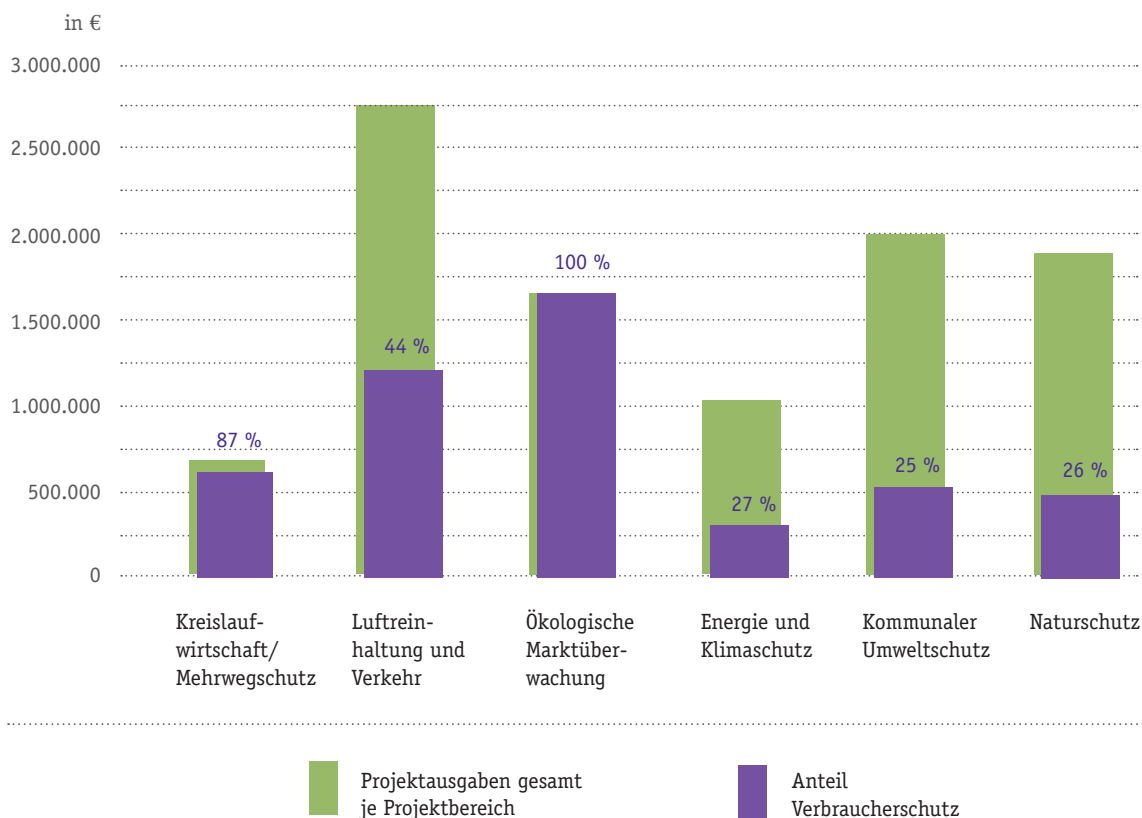
Um ein hohes Maß an Transparenz herzustellen, nennen wir in unserem Jahresbericht Institutionen, die mit ihren Zuwendungen jeweils mehr als ein Prozent zum Haushalt der DUH beigetragen haben.

Zu ihnen zählten im Jahr 2018:

- Europäische Kommission
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und nachgelagerte Behörden wie das Bundesamt für Naturschutz und das Umweltbundesamt
- Bundesministerium für Bildung und Forschung
- Thüringer Aufbaubank
- Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe
- Postcode Lotterie
- Climate Works Foundation
- Tilia Fund

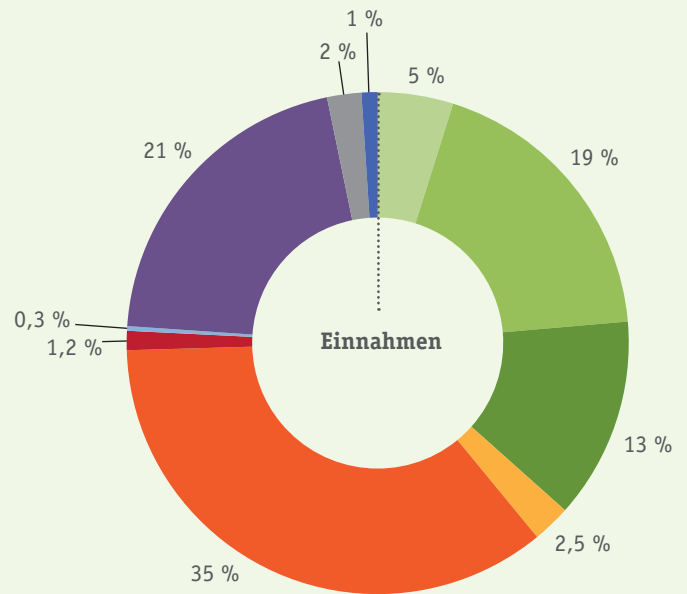
Wir danken allen Zuwendungsgebern sehr herzlich für die großzügige Unterstützung unserer Arbeit. Außerdem danken wir Rapunzel Naturkost für die Zusammenarbeit im Hand in Hand-Fonds, der ökosoziale Projekte in aller Welt fördert.

Verbraucherschutzanteil in den DUH-Projekten

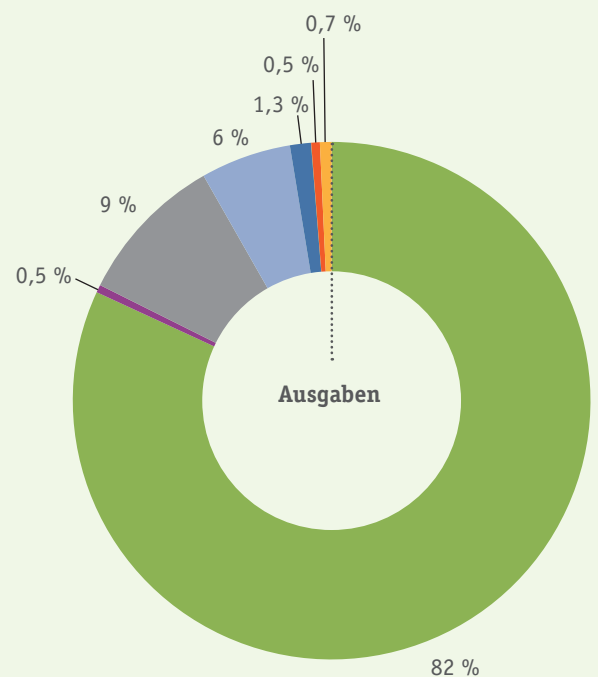


Einnahmen und Ausgaben 2018

Einnahmen (gerundet)	in €
Mitgliedsbeiträge	520.750
Privatspenden	2.010.025
Spenden von Institutionen / Unternehmen	1.388.559
Sponsorings	262.843
Projektzuschüsse	3.800.932
Zuweisungen aus Geldauflagen (Bußgelder)	132.655
Erbschaften	179
Zins- und Vermögenserträge	31.762
Erträge Ökologische Marktüberwachung	2.214.453
Sonstige Erträge	236.105
Beauftragte Projekte	110.948
Summe Einnahmen	10.709.211



Ausgaben (gerundet)	in €
Projektaufwand (Projektförderung und -begleitung)	8.769.150
Kampagnen-, Bildungs- und Aufklärungsarbeit	51.642
Allgemeine Geschäftskosten (Allgemeine Verwaltung)	1.006.230
Mittelbeschaffung und Öffentlichkeitsarbeit	605.500
Sonstige Aufwendungen	139.922
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.670
Abschreibungen	57.367
Jahresüberschuss	77.730
Summe Ausgaben	10.709.211



Ausgaben - Projekte an erster Stelle

Bei der Mittelverwendung steht mit 82 Prozent an erster Stelle unsere Projektarbeit. Ein Teil davon fließt übrigens in Form von Projektförderungen an Partnerorganisationen. Die Aufwendungen für Verwaltung liegen bei 9 Prozent und die für Mittelbeschaffung und Öffentlichkeitsarbeit bei moderaten 6 Prozent. Etwas mehr als die Hälfte unserer Ausgaben wenden wir für Personal auf. Es ist uns auch im vergangenen Jahr gelungen, einen kleinen Jahresüberschuss zu erwirtschaften, der zur Stärkung der Rücklagen verwendet wird.

Rücklagen für künftige Projekte

Die Bilanzsumme ist mit knapp 5,5 Millionen Euro um etwa 10 Prozent gestiegen. Darin enthalten sind (unter Verbindlichkeiten ausgewiesen) ca. 2,1 Millionen Euro zweckgebundene Mittel, die für die zukünftige Projektarbeit bereit stehen. Hinzu kommt das Sondervermögen des Venture and Nature Fund in Höhe von ca. 340.000 Euro, es dient der Finanzierung besonders zukunftssträchtiger Projekte. Die freien Rücklagen (Eigenkapital) bleiben mit etwa 12 Prozent des Jahresbudgets auf niedrigem Niveau.

Geprüfte Finanzen

Die DUH erstellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB für Kapitalgesellschaften. Spenden, Sponsorings und Projektzuschüsse erfassen wir nach dem Verwendungsprinzip, Mittelzuflüsse werden erst in dem Jahr erfasst, in dem die Gelder verbraucht wurden. Die Jahresrechnung entspricht den gesetzlichen Vorschriften und liefert ein zutreffendes Bild der Vermögens- und Ertragslage der Deutschen Umwelthilfe e.V. Dies bestätigt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Herberger GmbH. Sie hat den Jahresabschluss zum 31.12.2018 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Mitarbeiter und Standorte

Das Team der Deutschen Umwelthilfe e.V. sind nicht nur die Mitarbeiter. Es setzt sich aus dem Vorstand, den Geschäftsführern und den Mitarbeitern zusammen. Der Vorstand arbeitet ehrenamtlich und erhält für seine Aktivitäten eine moderate Aufwandsentschädigung. Die Deutsche Umwelthilfe beschäftigte zum Ende des Jahres 2019 insgesamt 126 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon sieben außertariflich. Ihre übrigen Mitarbeiter bezahlt die DUH nach

einem hauseigenen Tarif, der mit der Vergütung im öffentlichen Dienst vergleichbar ist. Das Durchschnittsgehalt (Vollzeit) der tariflichen Mitarbeiter lag im Jahr 2018 bei 48.593 Euro, das Durchschnittsgehalt der außertariflichen Mitarbeiter betrug 111.176 Euro. Hinzu kommt eine betriebliche Altersvorsorge. Aus Gründen des Datenschutzes verzichtet die DUH auf die Veröffentlichung einzelner Gehälter.

74 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in der Geschäftsstelle Berlin, 43 in der Geschäftsstelle Radolfzell, weitere vier in der Geschäftsstelle Hannover, ebenfalls vier sind im Projektbüro Erfurt tätig und eine Mitarbeiterin im Projektbüro Elbe in Köthen.

Bilanz zum 31.12.2018

Aktiva	2018 in €	2017 in €	Passiva	2018 in €	2017 in €
Anlagevermögen	262.250	275.219	Eigenkapital	1.329.338	1.251.608
Umlaufvermögen	4.704.675	4.179.975	Rückstellungen	886.033	856.882
Aktive Rechnungsabgrenzung	11.748	42.957	Verbindlichkeiten	2.922.709	2.445.324
Sondervermögen	499.772	499.897	Sondervermögen	340.365	444.234
Summe	5.478.445	4.998.048		5.478.445	4.998.048



Bundesvorstand

Professor Dr. Harald Kächele, Berlin
Vorsitzender
Burkhard Jäkel, Betzendorf
stellvertretender Vorsitzender
Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler,
Hannover, stellvertretender Vorsitzender
Professor Dr. Margit Mönnecke,
Malans (CH)
Michael Rothkegel, Frankfurt
Martin Schmidt, Berlin
Susanne Schubert, Troisdorf
Sabine Weisschedel-Brass,
Ausserberg (CH)

Bundesgeschäftsführer

Jürgen Resch
Sascha Müller-Kraenner
Barbara Metz,
Stv. Bundesgeschäftsführerin

Bundesgeschäftsstellen

Bundesgeschäftsstelle Radolfzell

Leiterin: Sandra Hohmann
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon 07732 9995-0
Telefax 07732 9995-77
E-Mail: info@duh.de

Bundesgeschäftsstelle Berlin

Leiterin: Babett Böhme
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon 030 2400867-0
Telefax 030 2400867-19
E-Mail: duh-ost@duh.de

Bundesgeschäftsstelle Hannover

Leiterin: Gabriele Nitschke
seit 01.09.2019: Gabi Fiedler
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon 0511 390805-0
Telefax 0511 390805-19
E-Mail: duh-nord@duh.de

Regionalverbände

Regionalverband Süd

Ansprechpartnerin: Tina Hellwig
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon 07732 9995-23
Telefax 07732 9995-77
E-Mail: hellwig@duh.de

Regionalverband Ost

Ansprechpartnerin: Ines Wittig
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon 030 2400867-0
Telefax 030 2400867-19
E-Mail: duh-ost@duh.de

Regionalverband Nord

Ansprechpartnerin: Gabriele Nitschke
seit 01.09.2019: Gabi Fiedler
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon 0511 390805-0
Telefax 0511 390805-19
E-Mail: duh-nord@duh.de

Projektbüros

Projektbüro „Lebendige Elbe“

Poststraße 7
06366 Köthen
Tel.: 03496 21000-9
Fax: 03496 21000-8

Projektbüro Erfurt

c/o KrämerLoft
Bahnhofstr. 16/Büßleber Gasse
99084 Erfurt
Tel.: 0361 30254910

Projektbüro Wolgast

Breite Str. 26
17438 Wolgast
Tel.: 03836 2798966

Wir danken all unseren Fördermitgliedern, Paten, Spendern und Freunden für ihre Unterstützung –

denn ohne Sie wären wir nur halb so schlagkräftig. Bitte bleiben Sie uns treu!

Herzlichen Dank

- für Ihre **Spenden**, mit denen wir ganz gezielt aktuelle Projekte im Umwelt- und Verbraucherschutz realisieren konnten, zum Beispiel für unseren Kampf um saubere Luft in unseren Städten, für den Schutz unserer Meere, für die Schmetterlinge, Bienen und ihre wilden Verwandten, für Deutschlands Flüsse und die Fischotter, für den kommunalen Umweltschutz, für die Energiewende und vieles mehr
- für Ihre **Patenschaften**, mit denen Sie uns ermöglichen, in wichtigen Themenfeldern besonders langfristig zu agieren – zum Beispiel die Bienenpatenschaft oder die Meerespatenschaft
- für Ihre **Anlass-Spenden**, die Sie anlässlich von Geburtstagen, Hochzeiten, Jahrestagen oder anderen Anlässen anstatt Blumen und Geschenken für uns gesammelt haben
- für **testamentarische Zuwendungen**, bei denen die Deutsche Umwelthilfe e.V. als Erbin oder Nachlassnehmerin bedacht wurde
- für Ihre **Weiterempfehlungen im Freundes- und Bekanntenkreis**, durch die noch mehr Menschen mit uns in Verbindung treten konnten
- für **Geldauflagen und Bußgelder**, die uns von Gerichten und Staatsanwaltschaften erreicht haben
- und für alle **Fördermitgliedschaften**, die die Basis unserer vielfältigen Arbeit sind und die unsere Unabhängigkeit auch in Zukunft sichern!



Impressum

- **Herausgeberin:** Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH), Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell, E-Mail: info@duh.de, Internet: www.duh.de
- **Pressestelle:** Andrea Kuper ■ **Text, Konzept und Redaktion:** Ulrike Fokken ■ **Design und Layout:** Claudia Kunitzsch
- **Druck:** Druckerei Krammer, Inh. Claudia Baingo, Radolfzell

Die weibliche Form ist in dieser Veröffentlichung der männlichen Form gleichgestellt. Lediglich aus Gründen der Vereinfachung wurde auf die durchgängige Nennung beider Formen verzichtet.

- **Bildnachweis:** Titel: DUH/Zino Peterek; S. 2: Soja/Fotolia; S. 3: DUH/Hedi Scherm; S. 4: DUH/Robert Lehmann (l.o.), william87/Fotolia (l.u.), gudkovandrey/Fotolia (r.u.); S. 4/5: haiderose/stock.adobe.com; S. 5: Christian Schwier (r.o.), jozsitoeroe (r.u.)/ beide stock.adobe.com; S. 6: DUH/Hedi Scherm (l), H&C/stock.adobe.com (r); S. 7: Finke/DUH; S. 8: DUH/Heidi Scherm; S. 10: Alexander Limbach/stock.adobe.com; S. 11: DUH/Robert Lehmann; S. 12: Holzmann/DUH; S. 14: DUH/Heidi Scherm (l), Ints/stock.adobe.com (r); S. 15: Brönstrup/DUH; S. 16: Holzmann/DUH; S. 18: franz12/stock.adobe.com; S. 19: Kleemann/DUH; S. 20: Finke/DUH; S. 21: Holzmann/DUH; S. 22: DUH/Hedi Scherm (l), DUH (r); S. 23: DUH; S. 24: Genossenschaft Deutscher Brunnen eG; S. 25: DUH/Hedi Scherm; S. 26: Holzmann/DUH (l), TMUEN (r); S. 27: Julia Kluge (l), Holzmann/DUH (r); S. 28: DUH/Hedi Scherm (l), P. Dziurman/stock.adobe.com (r); S. 29: Holzmann/DUH; S. 30: Justina Wilhelm (u), OTEPIC (o.l.), Flüchtlingshilfe Mittelamerika e.V. (o.r.); S. 31: Holzmann/DUH (o.l.), AA+W/stock.adobe.com (o.r.), DUH/A. Kochlöffel (u); S. 32: Finke/DUH, DUH/Zino Peterek (u); S. 33: DUH/Robert Lehmann; S. 38: Klein/DUH; S. 39: Kristyna/Fotolia
- **Redaktionsschluss:** 01.12.2019 ■ **Papier:** gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

